

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Tanzt
den Corbyn!**
Ludwig Dvořák

**Europe
no more?**
Wolfgang Edelmüller

**Britische Gewerkschaften:
Von Pro-EU zu Pro-Lexit?**
Sandra Breiteneder

**Recht –
Familie – Ehe**
Helga Hieden-Sommer

4,50 Euro P.b.b., Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, 14Z040222 M, Nr. 9/2015



WORLD PRESS
PHOTO 15

GALERIE WESTLICHT

EDITORIAL

Im Vergleich zur gegenwärtigen »Flüchtlingskrise«, so war in den letzten Wochen in den Medien verstärkt zu lesen, sei die Griechenland-Krise ein Spaziergang gewesen. Doch die beiden Fragen haben mehr miteinander gemeinsam, als es auf den ersten Blick scheint. Nicht nur weil die desaströse Memorandum-Politik den griechischen Staat noch weniger in die Lage versetzt, sich angemessen auf eine Rolle als Verwalter funktionierender Erstaufnahmezentren für Hunderttausende einzustellen. Vor allem wurde bereits in der Griechenland-Krise von Deutschland vorexerziert, dass das Finden konsensueller europäischer Lösungen durch eine Politik der nationalen Brechstange ersetzt wurde. Es ist richtig, dass Europa vieler seiner Probleme nur solidarisch lösen kann.

Wer aber in ökonomischen Fragen diese Solidarität durch eine brutale Diktat-Politik ersetzt, braucht sich über die schwindende Kraft von Appellen an das Solidargefühl nicht wundern. Und wer als Innenministerin daran scheitert, ein paar hundert Flüchtlinge von Traiskirchen ins wenige Kilometer entfernte Baden zu verlegen, sollte nicht überrascht sein, wenn die griechischen Behörden nicht so recht darauf vertrauen, dass zehntausende erstregistrierte Flüchtlinge in andere Mitgliedsstaaten übernommen werden. Das Verhalten der ungarischen Regierung gegenüber Kriegsflüchtlingen ist skandalös und Bundeskanzler Werner Faymann hat völlig Recht damit, die Frage auf eine europäische Ebene zu heben. Die nationale Zerstrittenheit in der Flüchtlingsfrage ist aber nur ein Symptom von vielen, das zeigt, dass ein Europa ohne soziale Kohäsion zu zerbrechen droht.

Neben politischen Rückschlägen wie dem Bau eines eisernen Vorhangs mitten in Europa, eröffnen sich aber auch neue Perspektiven: Neben dem starken zivilgesellschaftlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe in vielen Ländern Europas, tut sich auch etwas in der politischen Arena.

Ludwig Dvořák versucht den **überraschenden Erd-rutschsieg des linken Sozialdemokraten Jeremy Corbyn** bei den Vorsitzwahlen der britischen Labour Party einzuordnen, die neue Hoffnung für eine Überwindung der politischen Krise der Sozialdemokratie gibt.

Wolfgang Edelmüller beschäftigt sich mit der Frage, wie das der griechischen Linksregierung aufgezwungene Diktat in die Entwicklung der **europäischen Einigung** einzuordnen ist und konstatiert den dringenden Bedarf für die Sozialdemokratie, Merkels Konzept der **»marktkonformen Demokratie«** endlich entschieden entgegen zu treten.

Warum die **triste Situation britischer ArbeitnehmerInnen** und der Gewerkschaften in Großbritannien eine **Lexit** (=Left Exit)-Debatte befeuern und warum ein **Entgegenkommen der EU bei David Camerons** Wünschen nach der Durchbrechung europäischer Sozialstandards den Ausschlag für ein **negatives Votum beim Austrittsreferendum** geben könnte, legt **Sandra Breiteneder** in ihrem Beitrag dar.

Helga Hieden-Sommer nimmt die aktuelle Diskussion um die Öffnung der Ehe für Homosexuelle zum Anlass, grundlegende **Konstruktionsfehler des bürgerlichen Familienrechts** anzusprechen.

Georg Niedermühlbichler skizziert, warum der Wiener Wahlkampf mehr als eine herkömmliche **Wahlauseinandersetzung** ist und welche Vision die Wiener Sozialdemokratie mit ihrer Kampagne verbindet.

Stefan und Andreas Brocza widmen der im Vorjahr erschienenen **Bucharin-Biographie Wladislaw Hedelers** eine ausführliche Besprechung.

Karl Czasny hat den **»Tag des Kindes«** für verstörend offene Überlegungen zu den Anfeindungen von Flüchtlingen in den westlichen Gesellschaften zum Anlass genommen.

Nach den **Buchtipps** rundet **Elisbaeth Blaha** das Heft mit einer kurzen Analyse der **Vorgänge auf Chinas Börsen** ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



2. Preis Enzelfotos, Alltagsleben

**Åsa Sjöström, Schweden, Moment Agency /
INSTITUTE für Socionomen / UNICEF**

Baroncea, Moldawien: Igor flüstert seinem Freund Renat etwas ins Ohr in ihrer Schule in Baroncea in Nord-Moldawien. Igor hat Geburtstag und seine Großmutter hat ihm Schokolade für seine Schulkameraden mitgegeben. Moldawien ist das ärmste Land Europas. In den letzten zehn Jahren hat ein Drittel der Erwerbsbevölkerung das Land auf der Suche nach besser bezahlter Arbeit verlassen. Kinder werden oft von älteren Verwandten versorgt oder in Waiseninternaten zurückgelassen. Igor hat einen Zwillingbruder. Ihren Vater kennen sie nicht, ihre Mutter starb, bald nachdem sie nach Russland arbeiten gegangen war, als sie zwei Jahre alt waren.

6 **Tanz den Corbyn!**

VON LUDWIG DVOŘÁK

12 **Europe no more?**

VON RWOLFGANG EDELMÜLLER

20 **Britische Gewerkschaften: Von Pro-EU zu Pro-Lexit?**

VON SANDRA BREITENEDER

26 **Recht – Familie – Ehe**

VON HELGA HIEDEN-SOMMER

32 **Machen wir Wien zur sozialsten Zwei-Millionenstadt**

VON GEORG NIEDERMÜHLBICHLER

38 **Vom Liebling der Partei zum Volksfeind: Nikolai Bucharin**

VON STEFAN BROČZA UND ANDREAS BROČZA

45 **Der andere Tag des Kindes**

VON KARL CZASNY

48 **Buchtipps**

Sachliches & Belletristisches

50 **Krise in China?**

SCHLUSSWORT VON ELISBAETH BLAHA

Tanzt den Corbyn!

Die Wahl von Jeremy Corbyn zum Vorsitzenden der britischen Labour Party ist ohne Übertreibung als eine der größten Politsensationen dieses Jahrzehnts zu werten. Sie markiert in den Augen von Ludwig Dvořák den politischen und kommunikativen Bankrott des »Blairismus«, das Bedürfnis nach authentischer, sozialdemokratischer Politik und deren Mehrheitsfähigkeit. Die Entwicklung einer von breitem Enthusiasmus getragenen Alternative zum neoliberalen Einheitsbrei ist nicht auf Großbritannien beschränkt. Genausowenig wie die Erschütterung der Autorität traditioneller Parteieliten, die Corbyns Sieg erst möglich gemacht hat.

Wer im Juni 100 Pfund darauf gesetzt hat, dass Jeremy Corbyn neuer Parteichef der britischen Labour Party wird, kann sich seit dem 12. September nach einem funkelneuen Kleinwagen umschauen. Mit Wettquoten von 100:1 hatten (nicht nur) Großbritanniens Buchmacher den 66-jährigen, vor dem Sommer weitgehend unbekanntem, Hinterbänkler als krassem Außenseiter bei der Wahl zum Party Leader gesehen. Zu Recht: Sein Antreten wurde buchstäblich erst in letzter Minute ermöglicht. Nur rund 20 der 232 Labour-Abgeordneten unterstützten Corbyns Kandidatur politisch. Die 35 benötigten Nominierungen kamen nur durch die »Leihstimmen« anderer Fraktionsmitglieder zusammen, die die Teilnahme eines hoffnungslosen linken Kandidaten am »leadership race« für einen Teil der Partei-Folklore hielten.

Manche von ihnen bereuten diesen Schritt innerhalb weniger Wochen. Denn womit niemand gerechnet hatte: Der »Veteran des linken Flügels«, wie er von den wohlmeinenden (!) Medien genannt wird, der seit 1983 seinen Wahlkreis im Parlament vertritt, ohne der breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden zu sein, wurde der Popstar des Sommers. Zehntausende strömten zu seinen Veranstaltungen, stellten sich stundenlang für den Eintritt in die stets überfüllten Veranstaltungssäle an und lauschten »ihrem« Kandidaten, wenn sie keinen Platz ergattert hatten, auch im Regen auf der Straße, wo Corbyn seine Rede oft mit Megaphon wiederholen musste.

Diese Welle des Enthusiasmus hat Corbyn zum Erfolg geführt: Mit den neu beigetretenen Mitgliedern und Unter-

stützerInnen verdoppelte sich die Labour Party seit Mai 2015. Mit fast 60% der Stimmen ließ Corbyn seine drei zum Parteiestablishment zählenden KonkurrentInnen 40 Prozentpunkte und mehr hinter sich. Dass alle ehemaligen Größen von »New Labour« hysterisch gegen ihn Stimmung zu machen versuchten (Tony Blair flehte darum, nicht Corbyn zu wählen, »selbst wenn Sie mich hassen«) schien dem Außenseiter ebenso zu helfen, wie die erbärmlichen Versuche großer Teile der Parlamentsfraktion, die neu eintretenden Mitglieder pauschal als verkappte Konservative, Grüne oder Trotzkiten abzutun oder ihre Meinung als irreführend zu denunzieren.

Dass die Klarheit seines Erfolgs die Feindseligkeit von Teilen der Parlamentsfraktion in den ersten Tagen nach der Wahl sogar noch erhöht hat, ist in gewisser Weise durchaus nachvollziehbar: Dass ein unbedeutender Hinterbänkler, dessen Existenz man 32 Jahre nicht zur Kenntnis nehmen musste, einen so klaren Erfolg verbucht hat, lässt die politische Geschäftsgrundlage der bisherigen Führungsriege wegfallen. Bei allem Respekt vor Jeremy Corbyn – die Begeisterung für ihn ist zunächst vor allem als kommunikativer und politischer Bankrott des Blairismus zu sehen. Seit den 18 langen Jahren in der Opposition gegen Thatcher und Major fürchteten Partei und Gewerkschaften nichts mehr als eine Wiederholung dieses Traumas. Mit der »Drohung«, die Wahlen zu verlieren, wenn Labour als zu »gewerkschaftsfreundlich« gelte, sicherte sich Blair mehr als zehn Jahre lang die Zustimmung der Gewerkschaften zu deren innerparteilicher Entmachtung und zur Vernachlässigung der sozialen Interessen ihrer Mitglieder. Aber diesmal half selbst die ultimative Drohung nicht: Der

»Spin«, dass Labour mit Corbyn keine Wahlen gewinnen könne, ging ebenso ins Leere wie Blairs Empfehlung an die Parteimitglieder, eine Herztransplantation durchführen zu lassen, wenn ihr Herz für Corbyn schlagen sollte. Das lag weniger an einer irrationalen Massenhysterie, wie der Begriff »Corbynmania« nahelegen würde, oder an einem plötzlichen Schub an sozialer Romantik, die die gleichen Menschen erfasst haben soll, die jahrzehntelang Teil des Projekts »New Labour« waren. Es lag in allererster Linie daran, dass die momentane Parteilite der eigenen Mitgliedschaft als so hoffnungslos gilt, dass selbst einem authentischen Außenseiter der Sieg eher zugebraut wird als ihnen.

KONSERVATIVE REGIERUNG OHNE OPPOSITION

Getrieben von den alten Mustern blairistischer Politik hatten sich Corbyns GegenkandidatInnen zu Beginn ihrer Kampagnen darin überschlagen, als »wirtschaftsfreundlich« zu gelten: Der als gemäßigt linker Kandidat gehandelte Andy Burnham (er landete mit 19% auf Platz 2) erklärte feierlich, für seine innerparteiliche Kampagne keine Spenden der Gewerkschaften akzeptieren zu wollen, um seine »Unabhängigkeit« zu beweisen. Seine als moderat geltende Konkurrentin Yvette Cooper (sie belegte mit 17,5% Platz 3) kündigte an, die Interessen der Wirtschaft ins Zentrum der Labour Party rücken zu wollen. Und die als Ultra-Blairistin geltende Liz Kendall (demütigende 4,5% auf Platz 4) positionierte sich als Marie Antoinette der Labour Party, indem sie als Lösung für die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen in »Ghetto-Schulen« forderte, ihnen doch stärker zu vermitteln, dass sie auch »Ingenieur, Chemiker oder Parteichef der Labour Party« werden können, wenn sie nicht arbeitslos sein wollen.

Der wohl schwerste Fehler in dieser deprimierenden Parade der politischen Hoffnungslosigkeit unterlief dem Schattenkabinett unter der Interims-Parteichefin Harriet Harman jedoch zu Beginn des Sommers. Die konservative Regierung brachte eine Vorlage u. a. zur Kürzung der (unter Blair eingeführten!) Negativsteuern (Tax credits) für NiedrigverdienerInnen im Parlament ein. Harman (und mit ihr der Großteil der Fraktion) weigerte sich, gegen diese Sozialkürzungen zu stimmen, um ein »Signal« an die politische Mitte zu senden, dass Labour »realistisch« und »wirtschaftsfreundlich« sei. Denn in der Welt der Blairisten war der angeblich zu sozialstaatsfreundliche Kurs von Ex-Parteichef Ed Miliband die Ursache für die Wahlniederlage im Mai 2015. Der Schlüssel zum Sieg liege darin, in der Wirtschaftspolitik nach rechts zu rücken, um den Konservativen die imaginierte »politische Mitte« streitig zu machen.

KEIN VERTRAUEN IN LABOUR

Diese Sichtweise übersieht zweierlei: Zum einen positioniert sich die aktuelle Regierung keineswegs in der »Mitte«, sondern greift aggressiv von rechts an. Zeitgleich mit den Plänen für Sozialkürzungen in Höhe von 12 Mrd. Pfund brachte sie Vorschläge zu einer radikalen Anti-Gewerkschaftsgesetzgebung ein, die selbst konservative Parlamentarier zu Vergleichen mit der Franco-Diktatur in Spanien veranlasste. Zum anderen wird ausgeblendet, dass Labours politischer Abstieg seit 2001 v. a. im Verlust der Stimmen ihrer KernwählerInnen begründet liegt. Von 2001 bis 2010 verlor Labour unter qualifizierten ArbeiterInnen 20 Prozentpunkte, unter ungelerten ArbeitnehmerInnen 15 Prozentpunkte und damit doppelt bzw. dreimal soviel wie in der »Mittelschicht«. In der früheren Hochburg Schottland verlor Labour alle Sitze bis auf einen an die von links überholende SNP. In England und Wales gewann Labour zwar 3,5%, aber die Mehrzahl der Proteststimmen ging an die rechtspopulistische UKIP, die unter gelernten ArbeiterInnen 19% der Stimmen erhielt. Während die ganze Sorge der parteiamtlichen Demoskopie seit Mai den unbedeutenden Verlusten an die Konservativen gilt, werden der Exodus in Schottland und die besorgniserregenden Verluste an die Rechtspopulisten so behandelt, als hätten sie nicht stattgefunden.

DIE VERGANGENHEIT IST NICHT TOT

Ex-Parteichef Ed Miliband hatte zwar grundsätzlich verstanden, dass die Ignoranz gegenüber allen Werten und Positionen, für die Labour traditionell steht, zu den schweren Verlusten 2005 und 2010 ebenso beigetragen hatte, wie der Politikstil der »New Labour«-Nomenklatura, in der »Spin« alles und Grundsätze nichts zählten. Der permanente Versuch, die Realität umzudeuten und die Öffentlichkeit zu täuschen hatte (nicht nur) in der Frage des Irak-Kriegs einen schweren Vertrauensverlust in die Politik der Labour Party bewirkt. Miliband bemühte sich darum, das Thema »soziale Gerechtigkeit« wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Dabei blieb er jedoch stets mit dem Widerstand großer Teile der Parlamentsfraktion konfrontiert, die ihm nicht verziehen, dass er die Wahlen zum Vorsitzenden 2010 gegen seinen Bruder, den Liebling der Blairisten, David Miliband knapp gewonnen hatte. Ein Bruch mit dem blairistischen Erbe schien so unmöglich (vgl. ZUKUNFT 06/2015). Ed Milibands blieb von Anfang an mit den Schatten der Ära Blair/Brown belastet, sein Weg nach vorne wurde zum Schlingerkurs, mit dem er es allen Recht zu machen versuchte: Forderte Labour höhere Steuern für Reiche, versprach die Schatten-Sozialministerin

Rachel Reeves gleichzeitig, dass Labour in Sozialfragen härter sein werde als die Konservativen. Wenn Labour Überlegungen für keynesianische Investitionsprogramme fast im Geheimen entwickelte, sah man sich gleichzeitig genötigt, das Festhalten am Sparkurs der Regierung anzukündigen. Milibands Situation glich dabei jener der fünf SPD-Parteivorsitzenden, die seit 2005 daran gescheitert sind, das mit der Agenda-Politik Gerhard Schröders verloren gegangene Vertrauen der deutschen WählerInnen wieder zu gewinnen. Zu behaupten, dass man jetzt wieder ganz anders und sozial, die Ära Schröder bzw. Blair aber auch total toll gewesen sei, wirkt bestenfalls schizophran, eher jedoch einfach unehrlich.

CORBYNS TRUMPF

Corbyns Vergangenheit als ewiger Partairebell wurde so zum Trumpf. Nicht, weil sich das Gros der Labour-Mitglieder nach ewiger Opposition sehnt, sondern weil im aktuellen Politikstil der »Westminster Bubble« (© Andy Burnham) keine Perspektive zu sehen ist. Wer mit der Regierung von David Cameron zufrieden ist, braucht nicht deren Kopie. Und viele derer, die unter ihr leiden, sind nach zwanzig Jahren nicht mehr bereit, Labour nur deshalb zu wählen, weil abgehobene »Nachwuchshoffnungen« davon träumen, als »neuer Blair« in den Medien zu glänzen und die gleiche Politik etwas gemäßigt fortzusetzen. Corbyn vermittelte als einziger Kandidat ein klares Programm für Wachstum und sozialen Zusammenhalt. Und er repräsentierte einen neuen Stil in der Politik. Dass er auch nach Jahrzehnten im Parlament mit dem Bus von Westminster nach Hause fährt passt dazu ebenso, wie der Verzicht, auf Untergriffe seiner KontrahentInnen zu reagieren oder diese selbst anzugreifen. Dass im August Umfragen dokumentierten, dass seine Zustimmungswerte bei WählerInnen abseits der Labour Party zwar nicht rekordverdächtig, aber immerhin deutlich besser als die seiner GegenkandidatInnen waren, bestätigten nur seine Erfolgswelle in sozialen Medien und öffentlichen Versammlungen. Klare Haltungen und authentisches Auftreten brachten ihm auch die Unterstützung vieler, die in einzelnen Fragen nicht seiner Meinung waren und sind.

CORBYNS PROBLEME

Was ihm weder die Dynamik seiner Kampagne noch sein starkes Wahlergebnis eingebracht hat, ist die automatische Loyalität seiner innerparteilichen OpponentInnen, die die Parlamentsfraktion dominieren. Das Parteiestablishment der Labour Party durchlief bereits während seiner scheinbar politischen Desavouierung im Sommer die ersten drei der

vier »klassischen« Phasen der Trauer: Unglauben, Wut und Suche. Nachdem man wochenlang Corbyn als hoffnungslosen Spinner behandelt hatte, richtete sich der Zorn der Partei-Schwergewichte gegen die zu zehntausenden neu eintretenden Mitglieder, die zum Amüsement britischer Satiremacher wochenlang dafür beschimpft wurden, Teil der Partei werden zu wollen. Die offenkundige Sinnlosigkeit dieser Emotionsausbrüche führten zu neuen Überlegungen: Aber auch der Plan, durch einen Rückzug aller anderen BewerberInnen die Abstimmung zu stoppen oder Corbyn unmittelbar nach der Wahl durch eine Rebellion der Fraktion zu stürzen, mussten ad acta gelegt werden. Angesichts des absehbar werdenden Erdrutschsieg und der offenkundig fehlenden Popularität der Mehrheit der Abgeordneten, wären solche Manöver der Weg in den individuellen politischen Selbstmord.

Labours Abgeordnete ringen nun mit der vierten Trauer-Phase, der Akzeptanz. Es ist zu erwarten, dass die große Mehrheit sich zumindest bis zu den Lokalwahlen im nächsten Jahr einigermaßen diszipliniert verhalten wird. Gleichzeitig ist aber damit zu rechnen, dass manche den Corbyn (wie Miliband) feindselig gegenüberstehenden Medien des Murdoch-Konzerns laufend Munition zu liefern bereit sein werden, um die neue Parteiführung trotz des eindeutigen Votums zu destabilisieren. Gerade in dieser Situation ist es wohl eine der dringendsten Herausforderungen, dass Corbyn und sein Team ihre Politikentwicklung und Medienarbeit schleunigst professionalisieren, ohne dabei die Authentizität als eigentliche politische Stärke aufzugeben. Dass Corbyn am Mittwoch nach seiner Wahl in der Fragestunde des Premierministers, die er erstmals in der ersten Reihe seiner Fraktion mitgestaltete, faktisch ohne Vorbereitung nach allgemeiner Auffassung gute Figur machte, zeigt, dass er jedenfalls die Substanz hat, eine glaubwürdige Alternative aufzubauen.

UND WAS HEISST DAS FÜR EUROPAS SOZIALDEMOKRATIE?

Ob es Corbyn gelingen wird, in den nächsten Jahren die Partei zu einen und 2020 zum Sieg zu führen, wird sich erst weisen. Es wird zum einen daran liegen, ob Corbyn selbst schnell genug lernt, die Rolle des ewigen Rebellen mit jener des Parteiführers zu tauschen. Maßgeblich wird aber auch sein, ob die Parlamentsfraktion bereit ist, dem durch die Wahl klar zum Ausdruck gebrachten Willen zur politischen Veränderung Folge zu leisten, oder ob die Bemühungen, die Partei zum Sieg zu führen, aktiv sabotiert werden. Um dieses Risiko zu minimieren wird Corbyn bemüht sein müssen, Mitglieder

und SympathisantInnen auch über die Vorsitzwahl hinaus aktiv in die Politikentwicklung der Labour Party zu involvieren, um so die unwillige Parlamentsfraktion dazu zu bewegen, seinem Kurs zu folgen.

Die Gefahr für die Wählbarkeit Labours geht nämlich weniger von den kontroversiellen Themen Corbyns (z.B. die Ablehnung der milliardenschweren Erneuerung des Atomwaffenarsenals) aus, als von der Gefahr, durch inszenierte parteiinterne Querelen die Einigkeit der Partei zu gefährden. Man mag in Großbritannien manche Positionen Corbyns, etwa zu einem NATO-Austritt, als eigenwillig betrachten. Ausschlaggebend für seinen Sieg war aber, dass seine Vorschläge zum Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, zur Stärkung von ArbeitnehmerInnenrechten, zur Sicherung des Sozialstaats und zu Investitionen für eine Re-Industrialisierung und bessere Infrastruktur ebenso klar sozialdemokratisch klingen, wie seine persönliche Bescheidenheit und Direktheit zum Bild eines sozialdemokratischen Politikers passen. Corbyns Sieg ist ein Ausdruck des Bedürfnisses vieler Menschen nach echter, authentischer, sozialdemokratischer Politik. Und dieses Bedürfnis gibt es nicht nur in Großbritannien.

Das Ergebnis der Urabstimmung in einer der größten, am weitesten rechts stehenden und am autoritärsten geführten sozialdemokratischen Parteien Europas ist ein klares Signal für alle europäischen Schwesterparteien. Die Krise, in die die konzeptlosen Parteiführungen Europas die sozialdemokratische Bewegung geführt haben, hat deren Autorität sichtbar untergraben und selbst für lange unscheinbar wirkende HerausfordererInnen überwindbar gemacht. Die Linke sollte diese Erfahrung in mehrerlei Hinsicht nutzen: Corbyns Erfolg wäre nicht ohne das Durchhaltevermögen einer Handvoll Hinterbänkler möglich gewesen, die – trotz aller jahrelangen innerparteilichen Anfeindungen und allen »guten Ratschlägen« von Linksaußen, wie aussichtslos ihr Wirken in der Sozialdemokratie doch sei – als Abgeordnete den Kampf um die Partei fortgesetzt haben.

Sie haben die Sozialdemokratie für jene zurückzuerobern versucht, die sich von dieser Partei lange vertreten gefühlt haben und auf die Umsetzung sozialdemokratischer Politik angewiesen sind, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Corbyn konnte sich in seiner Kampagne dafür auch auf ein starkes Netzwerk in den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft stützen, in dem er sich durch seine jahrelange Arbeit großen Respekt erworben hat. Sein Erfolg unterstreicht also einerseits

die Notwendigkeit gesellschaftlicher Bündnisarbeit. Er zeigt aber auch, dass der Kampf dafür, die Sozialdemokratie mit einem klaren Kurs aus ihrer Krise zu führen, lohnt, und die Linke den Einsatz ihrer Energien für die breite Verankerung in der Partei nicht als Zeitverschwendung abtun sollte. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist geschäftsführender Chefredakteur der ZUKUNFT.



World Press Photo des Jahres 2014

1. Preis fotoserien, Aktuelle Themen

Mads Nissen, Dänemark, Scanpix/Panos Pictures

Sankt Petersburg, Russland: Jon und Alex, ein Homo-Paar, teilen einen intimen Moment miteinander in Alex' kleiner Wohnung in St. Petersburg. Das Leben für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) wird in Russland immer schwieriger. Sexuelle Minderheiten werden rechtlich und sozial diskriminiert und schikaniert, bis hin zu gewalttätigen Hassangriffen aus konservativen religiösen und nationalistischen Kreisen.

WORLD PRESS
PHOTO 15

GALERIE WESTLICHT



Europe no more?

Wolfgang Edel Müller skizziert den Weg der EU hin zu Merkels »marktkonformer Demokratie« an. Er weist überzeugend darauf hin, dass dieser Weg wichtigen Eckpfeilern der europäischen Einigung die Grundlagen entzieht. Das bisherige Versagen der Sozialdemokratie, dieser Entwicklung etwas entgegenzustellen führt in eine existenzbedrohende Krise, in der jedoch auch die Chance zu sehen sei, einen Kurswechsel der Sozialdemokratie im Sinne der historischen Rolle der ArbeiterInnenbewegung zu erreichen.

Der demokratische Kapitalismus Europas beruht auf den Errungenschaften des Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Sie ermöglichen eine interdependente Verbindung von marktwirtschaftlicher Dynamik und sozialer Sicherheit, von individualistischer Unternehmerwirtschaft und staatlichen Regulierungszielen. Die wirtschaftlichen Erfolge dieser ausgewogenen Kombination von Markt und Staat manifestieren sich in einem kontinuierlichen Produktivitätsfortschritt und der nachhaltigen Beteiligung der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit an den daraus resultierenden Wohlfahrtsgewinnen, wobei die Antagonismen zwischen den Produktivkräften im Zusammenspiel gut organisierter Marktverbände kanalisiert werden. Die gesellschaftlichen Beziehungen sind auf materielle Teilhabe und die Erweiterung individueller Freiheitsräume gerichtet. Die makroökonomischen Merkmale umfassen einen hohen Beschäftigungsgrad der lohnabhängigen Erwerbsbevölkerung (idealerweise Vollbeschäftigung), ein stetiges Wirtschaftswachstum, möglichst ausgewogene Verteilungsstrukturen und eine überdurchschnittliche Staatsquote zur Finanzierung der egalitär zugänglichen öffentlichen Güter.

Garantiert wird dieses bislang erfolgreichste europäische Wirtschafts- und Sozialmodell durch die politische Demokratie, in der alle sozialen Gruppen auf Basis der BürgerInnenrechte und der Wahlgleichheit (»one person, one vote«) ihre Interessen zivilgesellschaftlich und parlamentarisch in die politische Arena tragen können, sodass die grundrechtliche Möglichkeit entsteht, individuelle oder strukturelle wirtschaftliche Macht (»die Macht des wirtschaftlichen Eigentums«) mit der gesellschaftlichen Gegenmacht der demokratisch ermittelten Mehrheiten (»der Vielen«, »Multitude«) einzugrenzen, wor-

aus die institutionellen Normen für soziale Ausgleichsprozesse entwickelt werden. Auf diese Weise ist im westlichen Nachkriegseuropa ein demokratischer Kapitalismus in mehreren Abstufungen und regionalen Ausprägungen entstanden, die gelegentlich mit dem britischen »welfare state«, dem schwedischen »Folkhemmet« als Synonym für das skandinavische Modell, dem »rheinischen Kapitalismus«, der »sozialen Marktwirtschaft« und dem sozialpartnerschaftlichen »Korporatismus« umschrieben werden. Für den europäischen Einigungsprozess war die vielgestaltige und länderunterschiedliche Praxis des demokratischen Kapitalismus Voraussetzung und Motor der wirtschaftlichen Integration, die mit deutlichem Respekt vor den wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen in den Mitgliedsländern vorangetrieben wurde. Dadurch fand dieser Entwicklungsweg Eingang in die »europäische Wertegemeinschaft«.

ANPASSUNGSDRUCK

Seit über dreißig Jahren steht Europas demokratischer Kapitalismus unter dem Anpassungsdruck der neoliberalen Transformation, die in mehreren Wellen auf die institutionellen Strukturen der »sozialen Marktwirtschaft« eingewirkt hat und inzwischen zu einem entscheidenden Treiber der europäischen Integration geworden ist. Den Anfang macht ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel, der von den Stagflationstendenzen Ende der Siebzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts und dem dadurch begünstigten Durchbruch der monetaristischen Geldpolitik gefördert wurde. Die Folge ist ein staatlicher Deregulierungsantrieb in Richtung Globalisierung, Liberalisierung und Flexibilisierung der marktwirtschaftlichen Rahmenstrukturen, der über eine Serie von Stagnationskrisen zur Wiederkehr des Gespensts der Massenarbeitslosigkeit und zum ungebremsten Aufschwung der

Finanzmärkte (»neoliberaler Finanzkapitalismus«) beiträgt. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus, dem kapitalistischen Umbau der ost- und südosteuropäischen »Reformländer« und deren Aufnahme in die Europäische Union wird ab den Neunzigerjahren der Aktionsradius des neo-liberalen Gegenmodells des Kapitalismus in Europa deutlich erweitert, die wirtschafts- und sozialpolitischen Standards in den neuen EU-Mitgliedsländern bleiben weit hinter den Anforderungen der »sozialen Marktwirtschaft« zurück, in manchen Regionen sinkt der gesellschaftliche Zusammenhalt auf das Niveau der sozialpolitischen Armutsverwaltung. Die konvergenzpolitische Vorbereitung der Europäischen Währungsunion bietet die Gelegenheit für den nächsten Transformationsschub, die erstmals nach den Maßstäben der »deutschen Stabilitätskultur« entwickelten Regelmechanismen nehmen den EWU-Staaten die nationalen Instrumente für wirtschafts- und beschäftigungspolitische Gestaltung zunehmend aus der Hand.

Die Apotheose der neoliberalen Transformation in der EU ergibt sich schließlich aus der Euro- und Staatsschuldenkrise, die als Folge der globalen Finanzmarktkrise die erst kurz davor errichtete Währungsunion akut bedroht. Der vom weltweit grassierenden Neoliberalismus verursachte und unmittelbar drohende Zusammenbruch des globalen Finanzsystems wird nach dem Lehman-Crash mit einer Reihe von international koordinierten Staatsinterventionen abgewendet, die Rettungslasten werden entgegen aller liberaler Logik auf die Staatengemeinschaft (»die Steuerzahler«) übertragen.

GROTESKE KRISENKONSTELLATION

Der systemische Zwang zur Rettung der globalen Finanzindustrie durch das unverzügliche Einschreiten der internationalen Staatengemeinschaft dient zwar dem vordringlichen Zweck, eine Weltwirtschaftskrise ähnlich der »Großen Depression« zu vermeiden und schließlich auf eine »Große Rezession« zu begrenzen, schafft aber in der EU eine geradezu groteske Krisenkonstellation: Die von den hohen Rettungskosten an die staatlichen Überschuldungsgrenzen getriebenen Souveräne geraten in den Spekulationsvogel der gerade vor ihrem sicheren Untergang bewahrten Finanzmärkte, sodass sich die von der Bankenkrise am stärksten betroffenen EU-Mitgliedsländer in rascher Abfolge am Rand des Staatsbankrotts wiederfinden und selbst auf gemeinschaftliche Rettungshilfe angewiesen sind. Das ist die Stunde der Wiedererweckung des durch seine Krisenverursachung schwer diskreditierten Neoliberalismus in der EU, allerdings unter einem geänderten wirtschaftspolitischen Narrativ und einer hegemonialen Durch-

setzungsstrategie. Nicht mehr Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung alleine sind die tonangebenden Heilsbringer, sondern Verschuldungsgrenzen, Austerität, Budgetdisziplin, Strukturreformen und Wettbewerbsfähigkeit. Und die Krisenursachen werden vom neoliberalen Marktversagen zum wirtschaftspolitischen Staatsversagen umgedeutet. Nicht zufällig deckt sich dieser Kanon mit den Grundprinzipien der »deutschen Stabilitätskultur«, die durch das wirtschaftliche und institutionelle Gewicht Deutschlands in der EU zum dominierenden Leitmotiv des Krisenmanagements wird.

WETTBEWERBSVORSPRUNG

Deutschland selbst hat sich allerdings unabhängig von seiner restriktiven Krisenpolitik zu einem regionalen Ausgangsgebiet für die anhaltenden europäischen Stagnationstendenzen entwickelt. Ihre ausgeprägte industrielle Kompetenz in Verbindung mit der Agendapolitik der rot-grünen Koalition, die in einem umfangreichen, Hartz-IV-gesteuerten Niedriglohnsektor und der dadurch erzwungenen Lohnzurückhaltung fortwirkt, haben der führenden Volkswirtschaft in der EU einen Wettbewerbsvorsprung gesichert, der sich in hohen und dauerhaften Handels- und Zahlungsbilanzüberschüssen auswirkt. Das Grundproblem ist jedoch nicht die wettbewerbsstarke deutsche Exportindustrie, sondern die importschwache deutsche Binnennachfrage, die auf die mangelnde Einkommensbeteiligung der arbeitenden Bevölkerung an den exportgetriebenen Wachstumserfolgen verweist und zu einem strukturellen Ungleichgewicht zu Lasten der deutschen Handelspartner in der EU angewachsen ist.

Das ficht freilich weder den liberalen Mainstream der Ökonomie, der an deutschen Universitäten, Forschungsinstituten und in den Wirtschaftsmedien so dominant ist wie nirgendwo in der »freien Welt«, noch die Überzeugungen konservativer Wirtschaftspolitiker (bis tief hinein in die deutsche Sozialdemokratie) an, die fest daran glauben, dass gut sei für Europa, was gut ist für die deutschen Eliten, weswegen die EU am deutschen Wesen des neo-merkantilistischen Wachstumsmodells genesen müsse. Mit dem Rückenwind der deutschen Exporterfolge, die aber ohne den Ausgleich der Außenwirtschaftssalden durch eine hinreichend hohe Importnachfrage auf Dauer nur isoliert möglich sind, wird daher die Krisenpolitik in der Europäischen Währungsunion zum Exerzierfeld für neoliberale Rezepte ausgebaut, wobei die dominante Allianz der EU-Konservativen und die notorische Widerstandslosigkeit ihrer sozialdemokratischen und sonstigen Gegner den Weg

ebnen für eine wirtschaftspolitische Hegemonie ohne Beispiel in der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses. Der austeritätspolitische »Fiskalpakt« und die vehemente Urgenz der deutschen Kanzlerin nach einem »Pakt für mehr Wettbewerbsfähigkeit« sind deutliche Wegmarken des von Deutschland vorgegebenen Kurses der EU-Wirtschaftspolitik.

Der gemeinschaftliche Stabilitätsmechanismus (»Euro-Rettungsschirm«) wird institutionell im Rahmen der EU-Verträge auf völkerrechtlicher Basis organisiert (EFSF, ESM) und stellt die vom »sovereign default« bedrohten und der Rettungshilfe bedürftigen Empfängerländer aus dem Kreis der GIPS-Staaten (GR, IE, PT, ES) unter die Konditionalität eines neoliberalen Anpassungsregimes, das Rezessionsspiralen unterschiedlicher Stärke und Dauer auslöst. Die Bedingungen für die Rettungskredite folgen einem klassischen Muster, das drei Kernelemente beinhaltet, nämlich Austerität, Strukturreformen und staatlichen Vermögensabbau. Diese neoliberale Triade der Wirtschaftspolitik soll die Krisenländer auf den Pfad der Schuldendienstfähigkeit und Kapitalmarkttauglichkeit zurückführen.

ANTIZYKLISCHES NOTFALLINSTRUMENT

Tatsächlich verbirgt sich hinter diesen Schlagworten ein Maßnahmenbündel, das sich ganz gezielt gegen die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung richtet und besonders die materielle Existenzgrundlage einkommensschwacher Gruppen massiv schmälert. Die Austeritätspolitik, bei der in aller Regel budgetäre Ausgabenkürzungen mit der Erhöhung oder Neueinführung von Massensteuern kombiniert werden, ist bestenfalls ein antizyklisches Notfallinstrument, um bei Konjunkturüberhitzung Verstärkungseffekte gegen einen schockartigen Wachstumseinbruch zu erzielen. Sie ist völlig ungeeignet, um in einer rezessiven Konjunkturphase das Budget zu konsolidieren, weil die negativen Nachfrageeffekte durch Einkommensverluste aus der Kürzung staatlicher Sozialtransfers, steuerliche Zusatzbelastungen und rückläufige Investitionsausgaben den Abschwung beschleunigen. Steigende Arbeitslosigkeit und ein gemindertetes Steueraufkommen erhöhen die Krisenkosten auf der budgetären Einnahmen- wie Ausgabenseite, sodass die angestrebten Konsolidierungsziele verfehlt werden.

Hingegen geraten die betroffenen Volkswirtschaften in eine sich selbst verstärkende Rezession, die eskalierende Massenarbeitslosigkeit, Deflation und ansteigende Schuldenlasten hervorbringt. Gleichzeitig werden die austeritätspolitisch deroutierten Arbeitsmärkte durch sogenannte Strukturreformen

flexibilisiert, womit in grundrechtsbedenklicher Weise in die Gewerkschafts- und Tarifautonomierechte eingegriffen wird, um die kollektive Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu unterminieren. Das Zusammenwirken von wachsender Massenarbeitslosigkeit und der Einschränkung gewerkschaftlicher und sozialer ArbeitnehmerInnenrechte steuert die gesplitteten Lohnfindungsprozesse in Richtung dauerhafter Kürzung der Arbeitseinkommen, der daraus resultierende Nachfrageverlust verstärkt den austeritätspolitischen Negativtrend. Sinkende Lohnstückkosten, die durch preisliche Wettbewerbsfähigkeit die Exporte stimulieren sollen, und der binnennachfragebedingte Importrückgang tragen zwar zum tendenziellen Ausgleich der Außenwirtschaftssalden bei, verbergen aber die spill-over-Effekte auf die Volkswirtschaften der Handelspartner, die mit steigender Importkonkurrenz und sinkender Exportnachfrage konfrontiert werden.

Als generelle »Strategie für mehr Wettbewerbsfähigkeit« mündet daher dieser Weg in einem außenwirtschaftlichen Wettlauf um niedrige Löhne, die den kurzfristigen Gewinnerwartungen der Unternehmen zuträglich sein mögen, aber den langfristigen Wohlstand der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit erodieren. Zukünftige Gewinnchancen eröffnet auch der staatliche Vermögensabbau durch Privatisierung, weil die Staatsbetriebe in diesem rezessiven Krisenumfeld bei vorgegebenem Verkaufszwang nur zu Okkasionalpreisen losgeschlagen werden können. Der erzielbare staatliche Entschuldungseffekt bleibt daher bescheiden, während die renditeträchtigen Kapitalersparnisse der privaten Investoren bedeutend sind.

Die bisherige Bilanz der durch neoliberale Konditionalität implementierten Krisenpolitik in den »Programmländern« ist ziemlich eindeutig: Die angebotsseitigen Verwertungsbedingungen für Unternehmen und Investoren aller Art haben sich signifikant verbessert, die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit aus ArbeiterInnen, Angestellten und BeamtInnen sowie RentnerInnen und PensionistInnen hat sich dramatisch verschlechtert und das primäre Ziel der Schuldenkonsolidierung wurde glatt verfehlt. Mehr noch, die Verschuldungsquoten in den mediterranen Krisenländern sind weiter angestiegen. Die Spekulationswellen auf den Finanzmärkten gegen die überschuldeten Staaten, die deren Anleihezinsniveaus in unerschwingliche Höhen getrieben haben, wurden auch nicht durch das neoliberale Krisenmanagement der EWU-Rettungseinrichtungen gebrochen, sondern durch die pragmatische Geldpolitik der EZB, die mit unkonventionellen Maßnahmen gegen den Widerstand deutscher »Stabilitätsfalken« und ihrer

konservativen Verbündeten die Gefahr von »sovereign defaults« bannen und den Euro stabilisieren konnte. Gleichwohl wurden daraus keine praktikablen Lehren gezogen. Ganz im Gegenteil, der »Pakt für mehr Wettbewerbsfähigkeit«, der für die gesamte Eurozone verbindliche Durchsetzungs- und Kontrollmechanismen zur Verwirklichung der neoliberalen Programmziele anstrebt, wurde von der deutschen Vorschlagsagenda auf die Ebene der institutionellen Vertiefung der Währungsunion gehoben und im Rahmen eines erst kürzlich veröffentlichten »Fünfpräsidentenberichts« zur Leitlinie der nächsten Integrationsstufe weiterentwickelt. Der Zug in Richtung einer Europäischen Währungsunion, die als institutionelles Wirkungsfeld neoliberaler Wirtschaftspolitik einem massenwohlstandsfeindlichen Entwicklungszwang ausgesetzt werden soll, hat also bereits Fahrt aufgenommen.

PRAGMATISCHE ALTERNATIVEN

Gestoppt, verlangsamt oder umgeleitet werden kann dieser anfangende Zug nur durch die Verfahrensweise der politischen Demokratie, die einen öffentlichen Raum schafft für die zivilgesellschaftliche und parlamentarische Gegenwehr der breiten Masse der Betroffenen, denen durch die neoliberale Umgestaltung der Währungsunion wirtschaftliche und soziale Chancen genommen werden. Der zivilgesellschaftliche Protest und die parlamentarische Repräsentanz des massenhaft organisierten Widerstands gegen die soziale Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung ist genau jene Gefahr, die auch von den konservativen Proponenten der neoliberalen Transformation erkannt wurde und gegen die ein technokratisch-bürokratischer Regelmechanismus mobilisiert wird, der auf Unumkehrbarkeit, Einengung oder gar Ausschaltung der parlamentarischen Mitbestimmung und ein supranationales Monitoring- und Sanktionsinstrumentarium gerichtet ist. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat diesem postdemokratischen Konzept mit dem Begriff der »marktkonformen Demokratie« den bezeichnenden Namen gegeben. Und an Griechenland wurde ein Exempel statuiert, wie man mit parlamentarisch ermächtigten Regierungen zu verfahren gedenkt, die sich auf demokratischer Legitimationsbasis pragmatische Alternativen zur wirtschaftspolitischen Zwanghaftigkeit des Neoliberalismus vorstellen können.

In Griechenland ist die Austeritätspolitik, die nach anfänglichem Widerstand eines Teils der Pasok-Regierung mit Hilfe einer die alten Eliten zusammenführenden Mehrpartei-
enregierung unter Troika-Aufsicht schließlich durchgesetzt werden konnte, exemplarisch gescheitert. Das Land ist in

einer Depression versunken, für die es in der europäischen Wirtschaftsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg kein annähernd so dramatisches Beispiel gibt. BIP-Kontraktion, Massenarbeitslosigkeit und Einkommensverluste bewegen sich im Drittelbereich des Vorkrisenniveaus, einer ganzen Jugendgeneration wurde die Zukunftsperspektive genommen und die sozialstaatlichen Einrichtungen auf Dritte-Welt-Ausstattung heruntergespart.

Nicht angetastet wurde hingegen der korrupte und dysfunktionale Staat, der fest in der Hand der klientelistischen und nepotistischen Eliten des ND-Pasok-Wechselregimes verblieben ist. Die Schuldenlast ist trotz eines signifikanten Forderungsverzichts der privaten Kapitalmarktgläubiger auf ein untragbares Ausmaß angestiegen, das Defaultrisiko aber inzwischen durch eine bail-out-ähnliche Gläubigerkonzentration auf die EWU-Rettungseinrichtungen (samt IWF) und die Euroländer weitgehend vergemeinschaftet (also sozialisiert) worden.

Die soziale Katastrophe dieser verfehlten Krisenpolitik auf der Linie der neoliberalen Remeduren in der EU hat den zivilgesellschaftlichen Protest und den politischen Widerstand mobilisiert, die solidarischen Notwehroptionen der politischen Demokratie haben ihre volle Wirkung entfaltet. Das herausragendste Ereignis dieses Prozesses ist der rapide Aufstieg der radikalen Linken in der Gestalt der Syriza, einer Wahlpartei, die undogmatische Strömungen von sozialdemokratisch-dissident bis links-sektierisch zu einem fragilen Bündnis zusammenführt. Das politische Bindemittel dieser Allianz, die auf der hohen Welle des zivilen Protests gegen den gesellschaftlichen Zerfall in kurzer Frist zu einer linken Volksbewegung unter der charismatischen Leitung von Alexis Tsipras heranwächst, ist die strikte Ablehnung der offensichtlich zerstörerischen Austeritätspolitik und die Regulierung der untragbar gewordenen Staatsschulden (»Schuldenschnitt«).

Für diese Kernanliegen des Syriza-Wirtschaftsprogramms erhält die geeinte Linkspartei eine parlamentarische Mehrheit, nicht zuletzt durch das Votum des ehemaligen Pasok-Elektors, das sich in Scharen der Syriza anschließt. Tsipras kann in einer parlamentarischen Koalition mit der nationalkonservativen Anel den Regierungswechsel einleiten, dessen Nagelprobe von Anbeginn ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik im Rahmen der Neuverhandlung über die Bedingungen für die Restausnützung offener Kreditrahmen aus dem zweiten »Hilfspaket« sein wird.

Die von den EU-Konservativen unter deutscher Anleitung dominierten und von sozialdemokratischen Kulissenschiebern begleiteten Institutionen (ehemals Troika) samt Eurogruppe und Rat sind ebenfalls von Anbeginn entschlossen, die demokratische Entscheidung des in Bewegung geratenen griechischen Volkes für eine Alternative in der Wirtschaftspolitik zu bekämpfen und die Tsipras-Regierung an diesem Projekt scheitern zu lassen. In den Verhandlungen zwischen Brüssel und Athen werden die ausgleichenden Formalitäten der EU-Diplomatie daher bald fallen gelassen. Unterstützt von einer beispiellos untergriffigen Desinformationskampagne der gespinnten »Qualitätsmedien« (vor allem in Deutschland) wird eine Sackgasse betreten, aus der die griechischen Chefverhandler Tsipras und Varoufakis durch einen die Grenzen ihres wirtschaftspolitischen Mandats weit dehnenden Kompromiss vergeblich zu entkommen versuchen, denn die Institutionen und die von Herrn Schäuble dirigierte Eurogruppe reagiert darauf mit einem take-it-or-leave-it-Ultimatum.

HIDDEN AGENDA

Als der bedrängte griechische Ministerpräsident gegen diesen flagranten Destabilisierungsangriff, der gezielt die Risse in seinem Regierungsbündnis und vor allem in der Syriza bespielt, die demokratische Legitimation durch ein haushoch gewonnenes Referendum gegen die Austeritätspolitik verstärkt, hat er das Schicksal seiner Linksregierung besiegelt. Das inzwischen ausgelaufene zweite »Hilfspaket«, der staatliche »event of default« durch den Ratenzahlungsverzug gegenüber dem IWF und die Schließung der Banken nach Einstellung der ELA-Liquiditätshilfen durch die EZB ermöglichen es der deutschen Regierung in der Verhandlungsfortsetzung um eine drittes »Hilfspaket« unter der Wortführerschaft des Herrn Schäuble ihre »hidden agenda« zu officialisieren und die »Grexit«-Keule zum Einsatz zu bringen.

Gegen diesen verantwortungslosen Beschädigungs- und Zerstörungsversuch an der Währungsunion und seinem Mitglied Griechenland eilen die sozialdemokratisch geführten Regierungen Frankreichs und Italiens in ahnungsvoller Furcht und Voraussicht dem griechischen Ministerpräsidenten zur Hilfe mit dem Ergebnis, dass der griechischen Linksregierung, deren parlamentarische Koalition vom Zerfall bedroht ist, in den kurzfristig zu erfüllenden Vorbedingungen zur Verhandlung eines dritten »Hilfspaket« eine Fortsetzung der Austeritätspolitik im Stil von »more of the same« abgepresst wird mit der vagen Aussicht auf Schuldenerleichterung und Zugang zu EU-Investitionsförderungs- und -finanzierungs-

mitteln. Die »Brüsseler Nacht der langen Messer« hinterlässt eine über die »deutsche Protektorspolitik« uneinige Währungsunion, eine gespaltene griechische Linksregierung mit parlamentarischem Unterstützungsbedarf durch die politisch bankrotte Opposition, eine inaktive, ratlose und in den Aktionen wichtiger Amtsträger (Dijsselbloem, Schultz, Gabriel und Genossen) erbärmliche europäische Sozialdemokratie, die Fortsetzung einer aussichtslosen Krisenpolitik und einen erschreckenden Erkenntnisgewinn über die Methoden von Merkels »marktkonformer Demokratie«.

Die europäische Sozialdemokratie, die sich als führende Architektin des demokratischen Kapitalismus in Europa historisch bewährt hat, versagt bei dessen zeitgemäßer Verteidigung gegen die Transformation zum liberalen Kapitalismus auf postdemokratische Steuerungsbasis. Die »europäische Wertegemeinschaft«, die Menschen-, Grund- und BürgerInnenrechte als Funktionsbedingungen der politischen Demokratie ebenso beinhaltet wie die normativen Errungenschaften des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, wird zunehmend ignoriert, wobei die Angriffe gegen die gewerkschaftlichen und sozialen Grundrechte der ArbeitnehmerInnen und die gezielte Umgehung von parlamentarischen Vertretungen bereits zur expliziten politischen Durchsetzungsstrategie für mehr Wettbewerbsfähigkeit gehört.

RAT- UND KONZEPTLOS

Die europäische Sozialdemokratie wird für die Versagung der vermittelnden Unterstützung der Syriza-Regierung in ihrem Kampf um eine wirtschaftspolitische Alternative zur Austeritätspolitik einen hohen Preis bezahlen, denn die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik kann sich nicht dadurch beweisen, indem man rat- und konzeptlos auf den in die falsche Richtung anfahrenen Zug aufspringt, sondern indem man in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung für die akut gefährdeten Interessen der ArbeitnehmerInnen unter gezielter Nutzung der gegebenen politischen Einflussmöglichkeiten eintritt.

Es ist daher zu befürchten, dass die sozialdemokratische KernwählerInnenbasis weiter schrumpfen und das Gewicht der Sozialdemokratie in der politischen Arena und im Konzert der europäischen Linken abnehmen wird. Freilich beinhaltet diese selbstverschuldete Krise der europäischen Sozialdemokratie durch Versäumnis des historischen Moments auch eine Chance, indem die Sozialdemokratie wiederum sozialistisch wird im Sinne ihres historischen Auftrags und eine ge-

staltende Rolle innerhalb einer pluralen europäischen Linken findet. Denn ohne breite demokratische Allianzen jener politischen Kräfte, die den liberalen Kapitalismus als Wirtschafts- und Sozialmodell der EU ablehnen, wird der Zug in Richtung Merkmals »marktkonforme Demokratie« nicht aufzuhalten sein. Und damit wäre auch die sozialdemokratische Vision einer demokratischen und sozialen BürgerInnenunion als europäisches Integrationsziel obsolet. 

WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Banker und Ökonom, lebt und arbeitet
in Wien und im Waldviertel.



1. Preis Einzelfotos, Harte Fakten

Bulent Kilic, Türkei, Agence France-Presse

März 12, 2014, Istanbul: Ein Mädchen, das am 12. März bei Auseinandersetzungen, die in der Nähe des Taksim-Platzes in Istanbul zwischen der Bereitschaftspolizei und Teilnehmern am Bestattungszug des 15-jährigen Berkin Elvan ausbrachen, verwundet wurde. Berkin Elvan starb nach einem Koma von neun Monaten, nachdem er im Juni 2013 beim Brotkauf während Anti-Regierungskundgebungen von einer Tränengas-Granate am Kopf getroffen wurde. Die Juni-Proteste richteten sich erst gegen Pläne zur Errichtung einer Moschee und eines Einkaufszentrums im Gezi-Stadtpark und eskalierten zu landesweiten Kundgebungen gegen den nach Ansicht der Opposition wachsenden Autoritarismus von Premier Erdogan. Elvans Tod löste im ganzen Land weitere regierungsfeindliche Proteste aus. Trotzdem wurde Erdogan fünf Monate später zum türkischen Präsidenten gewählt.

WORLD PRESS
PHOTO 15

GALERIE WESTLICHT



Britische Gewerkschaften: Von Pro-EU zu Pro-Lexit?

Unter dem Eindruck des Rückbaus von Rechten von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften in Großbritannien ist im Sommer eine Diskussion über die Position der Linken zu einem EU-Austritt, über den der konservative Premierminister Cameron abstimmen lassen will, entflammt. Vor allem wenn die anderen EU-Staaten in den Verhandlungen mit der britischen Regierung den Konservativen Zugeständnisse beim Abbau sozialer Rechte macht, drohen die Gewerkschaften für einen Austritt zu kampagnisieren. Sandra Breiteneder skizziert, unter welchem Druck Großbritanniens ArbeitnehmerInnen stehen und warum weder die Politik der eigenen Regierung, noch jene der EU daran etwas ändern.

In Shirebrook, einer englischen Kleinstadt in den East Midlands, findet sich die Zentrale eines Unternehmens, das momentan sinnbildlich für die Entwicklungen am britischen Arbeitsmarkt steht: Sports Direct. Wo einst eine Kohlenmine stand, die der örtlichen Bevölkerung Arbeit gab, ragt jetzt das große Verteilerzentrum von Sports Direct in den Himmel. Arbeitgeber für die örtliche Bevölkerung ist das Unternehmen längst nicht mehr. Beschäftigt werden hauptsächlich extra dafür angeworbene ArbeitsmigrantInnen aus Polen und dem Baltikum, die aufgrund ihrer ohnehin prekären Lage, bei Sports Direct noch eine weitere Entrechtung erfahren. Während Migration bei den Wahlen im Frühjahr ein vielfach, meistens mit rassistischen Untertönen, debattiertes Thema darstellte, versagte die politische Ebene dabei, gerechte Arbeitsbedingungen für MigrantInnen herzustellen. Momentan können diese unbehelligt als LohndrückerInnen eingesetzt werden.

Sports Direct hält in Großbritannien 430 Filialen und somit einen Marktanteil von über 50% des Sportartikelmarktes. Während die Managementebene Bonuszahlungen in Millio-nenhöhe kassiert, sind die ArbeiterInnen in Shirebrook über Leiharbeitsfirmen beschäftigt. Für Vergehen gegen die Bestimmungen wie »Gespräche während der Arbeitszeit«, »zu lange Toilettenpausen« oder gar »Krankmeldungen« werden sogenannte »Strikes« notiert. Bei sechs »Strikes« verliert man seinen Job. Durch diese harsche Behandlung kommt es immer wieder zu medizinischen Notfällen im Lager. Zugleich wird notiert und öffentlich ausgehängt, welche ArbeiterInnen zu langsam arbeiten.

UNITE, die größte Gewerkschaft Großbritanniens mit 1,42 Millionen Mitgliedern, bezeichnet Sports Direct als schlimmsten Arbeitgeber des Landes. Anfang Dezember 2014 veranstalteten die GewerkschafterInnen einen nationalen Aktionstag gegen die Praktiken des Unternehmens und hielten Kundgebungen an 40 verschiedenen Standorten ab. Auch in der Aktionärsversammlung protestierten einige Aktionäre gegen die Praktiken, allerdings hielt Milliardär und Gründer Mike Ashley nach wie vor eine Aktienmehrheit des Unternehmens und bestimmt so vieles im Alleingang. Laut UNITE sind nur 300 der 3000 Beschäftigten im Lager von Sports Direct über permanente Arbeitsverträge beschäftigt, der Rest sind LeiharbeiterInnen.¹

Es sind aber nicht nur die, wie aus viktorianischen Zeiten anmutenden, Arbeitsbedingungen im Lager bei Sports Direct die Protest entfachen. In den Filialen im Einzelhandel sind über 80% der Beschäftigten über sogenannte »Zero-Hour-Contracts« beschäftigt, das sind um die 15.000 Menschen.²

Diese Verträge bedeuten Arbeit auf Abruf, bei Bedarf nach Hause geschickt und nur für tatsächlich abgearbeitete Stunden bezahlt zu werden. Bezahlter Urlaub und Krankenstand sind diesem Modell ohnehin fremd.

Zero-Hour-Contracts sind in Großbritannien möglich, weil es kaum arbeitsrechtliche Bestimmungen gibt. Sie sind nicht explizit verboten und daher erlaubt. Modelle wie diese gab es schon längere Zeit, neu ist allerdings, dass sie immer größere Verbreitung finden. Alleine im letzten Jahr stieg

die Anzahl von Zero-Hour-Contracts in Großbritannien um 19%. Inzwischen arbeiten 744.000 Menschen unter diesen Bedingungen.³ Neben Sports Direct verwenden inzwischen auch andere Unternehmen wie McDonalds diese Verträge im großen Stil.

Neben der prekären Lebensweise in die, die so beschäftigten Menschen gezwungen werden, erschwert die Möglichkeit, jederzeit keine Arbeit mehr zugeteilt zu bekommen, natürlich auch gewerkschaftliche Organisation. Wer dem Filialleiter nicht genehm ist oder bei der Lagerarbeit aufbegehrt, bekommt keine Arbeit oder wird gekündigt. Sicherheiten gibt es hier keine, es herrscht eine enorme Angst um die eigene Existenz.

Die Arbeitsbedingungen bei Sports Direct sind in Großbritannien inzwischen ein derart politisiertes und bekanntes Thema wie die Verhältnisse bei Amazon in Deutschland. Die großen Medien berichten, Channel 4 veröffentlichte eine Dokumentation darüber und plant eine weitere. Auch parlamentarische Ausschüsse diskutierten schon über die Bedingungen vor Ort. Verbessert haben sich die Verhältnisse bisher kaum.

DILEMMA DER BRITISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Die Verhältnisse bei Sports Direct stehen auch sinnbildlich für das Dilemma der britischen Gewerkschaften und der Situation in der sie sich seit Thatchers Krieg gegen die Minenarbeiter befinden. Gewerkschaftliche Organisation wird zunehmend schwieriger. Gewerkschaften werden nach wie vor bekämpft.

Ein Beispiel für die schwierige Lage, zeigt die Vorlage der sogenannten »Trade Union Bill« die kurz nach der Wiederwahl Camerons von den Tories aufs Tapet gebracht wurde. Ziel der Gesetzesvorschläge ist es, die Streiktage in Großbritannien zu reduzieren. Das ist schon deshalb unnötig, weil diese abnehmen und selbst gegen die harsche Austeritätspolitik der letzten Jahre – v. a. im Vergleich zur streiklustigen Tradition der britischen Gewerkschaften – kaum noch gestreikt wurde.

Die »Trade Union Bill« ist der massivste Eingriff in Gewerkschaftsrechte seit der Thatcher-Regierung. Zahlreiche Maßnahmen sollen Streiks erschweren und die politische Arbeit der Gewerkschaften behindern.

In Großbritannien müssen Belegschaften Urabstimmungen über Streiks abhalten, wobei eine Mehrheit der abge-

gebenen Stimmen erforderlich ist. In der Gesetzesvorlage ist vorgesehen, dass dieses nur bei einer Abstimmungsbeteiligung von 50% der ArbeiterInnen und Angestellten und 40% im öffentlichen Dienst möglich sein soll. Das würde Streiks massiv blockieren, da aufgrund von Schichtarbeit und verschiedenen Dienstorten diese Quote kaum jemals erreicht werden kann. Auf den Vorschlag der Gewerkschaften auch Online-Abstimmungen zu ermöglichen, um die Beteiligung zu erhöhen wurde bisher nicht eingegangen.

Das Gesetz soll auch ermöglichen, dass Streikende durch LeiharbeiterInnen ersetzt werden. Es sieht also de facto die Aussperrung von ArbeiterInnen vor und deren Ersetzung durch Leihkräfte als StreikbrecherInnen vor. Das nimmt jedem Streik die Effektivität. Gleichzeitig sollen StreikbrecherInnen geschützt werden und die »Einschüchterung« durch Streikende verhindert werden. Um dies kontrollieren zu können, müsste für jeden Streikposten vorab eine verantwortliche Person namentlich bekannt gegeben werden. Hier kommt es zu einer Kriminalisierung von Streikenden. Als ob es nicht genug wäre, muss jeder Streik mindestens zwei Wochen vorher angekündigt werden. Eine Streikabstimmung soll wiederum nach vier Monaten erneuert werden müssen.

SCHWÄCHUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Weiters zielen die Maßnahmen auch auf die generelle politische Schwächung der Gewerkschaften ab. Diese haben in Großbritannien politische Töpfe mit denen sie einerseits Parteien (meistens die Labour Party) unterstützen und politische Kampagnen durchführen. Diese Töpfe werden alle 10 Jahre in einer Abstimmung genehmigt. Möchte man als individuelles Gewerkschaftsmitglied nicht, dass ein Teil des eigenen Beitrags dafür verwendet wird, kann man individuell durch eine Unterschrift aussteigen. Die neue Gesetzgebung würde einen willentlichen Einstieg jedes einzelnen Mitglieds erfordern, um weitere Kampagnen und Parteispenden durchführen zu können. Dies sind eine massive Einschränkung von gewerkschaftlicher Flexibilität und ein immens hoher bürokratischer Aufwand. Der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC, Francis O' Grady, stellte hierzu fest, dass der Gesetzesentwurf ein modernes Meisterstück dafür ist, die Menschen zu bestrafen, weil sie es wagen, für ihre Rechte einzutreten.

Die Diskussion der »Trade Union Bill« lässt einen heißen gewerkschaftlichen Herbst in Großbritannien erwarten. Durch die Wahl von Jeremy Corbyn zum Vorsitzenden der

Labour Partei gibt es zu mindestens wieder eine gewerkschaftliche Repräsentation im politischen System Großbritanniens. Die Jahre des Dritten Weges haben die Verbindung vieler Mitglieder zur Labour Party abgebrochen, die neue politische Konstellation gibt Hoffnung, wieder gewerkschaftliche Programmatiken durch die Labour Party thematisieren zu können.

Noch im Sommer eröffnete aber der gewerkschaftsnahe Autor und Guardian-Kolumnist Owen Jones eine Debatte, die den Herbst ebenso zentral prägen könnte: die Lexit-Debatte.

Die britische gewerkschaftlich Linke war seit den 1980er-Jahren pro-europäisch orientiert und hat die weitere europäische Integration als Gegenprojekt zur gewerkschaftsfeindlichen, anti-sozialen Politik Thatchers bewusst betrieben. Diese erhofften Fortschritte konnten kaum realisiert werden, auch die Europäische Union hat sich nicht zum erhofften sozialen Europa entwickelt. Für Großbritannien sind aber selbst Politiken, die fortschrittliche Regelungen bringen, nicht immer greifbar. Ein Beispiel hierfür ist die europäische Arbeitszeitrichtlinie, die die maximale Arbeitszeit beschränkt.

Diese würde für ArbeitnehmerInnen in Großbritannien Fortschritte bringen. Bei dieser Richtlinie gibt es aber die Möglichkeit eines individuellen Opt-Outs. ArbeitgeberInnen können in Verträgen mit einzelnen ArbeitnehmerInnen vereinbaren, dass die Arbeitszeitrichtlinie für diese nicht gilt. In vielen Fällen ist die Einstellung in eine Firma an ein Opt-Out gekoppelt. Somit ist auch der geringe sozialpolitische Fortschritt zunichte gemacht. Der Plan von Cameron sieht vor auch aus anderen arbeitsrechtlichen Bestimmungen der EU auszusteigen.

Unter den Vorzeichen der immer harscher werdenden Bedingungen für Gewerkschaften, fehlenden fundamentalen Arbeitsrechten, wie sich zum Beispiel an den Zero-Hour-Contracts zeigt, und der nicht umgesetzten Realisierung sozialpolitischer Rahmenbedingungen durch die EU-Mitgliedschaft stellt sich die Frage der Positionierung der britischen GewerkschafterInnen zur durch die von David Cameron angekündigte Abstimmung über den EU-Austritt ausgelöste Debatte zum Brexit (British Exit). Während die parlamentarische Fraktion der Labour Party im Sommer noch größtenteils geschlossen hinter einem »Nein zum Austritt« stand, wurde in gewerkschaftlichen Kreisen diese Positionierung schon kritisch hinterfragt.

Im Juli stellte Len McCluskey, der Generalsekretär von UNITE, erstmals die Möglichkeit in den Raum, dass UNITE als Großbritanniens größte Gewerkschaft auch gegen den Verbleib in der EU kampagnisieren könnte, falls Cameron die weitere Verwässerung von ArbeitnehmerInnenrechten plane.⁴

Owen Jones geht noch einen Schritt weiter und plädierte explizit für einen »Lexit« (Left Exit), also einen Austritt von Links, statt den Rechten die Anti-EU Debatte zu überlassen.

Jones argumentiert, dass die Behandlung der linken Syriza-Regierung in Griechenland durch die europäischen Eliten und die aufgezwungenen brutalen Sparprogramme und die de facto Ausschaltung der Handlungsfähigkeit des griechischen Parlamentarismus durch die Troika zu einem Umdenken führen sollte.

ÖKONOMISCH ERPRESST

Durch den Fiskalpakt ist keynesianische Politik innerhalb der Eurozone unmöglich geworden. Nicht genehme Regierungen werden durch Technokraten ersetzt (Italien, Griechenland) oder ökonomisch erpresst (Irland, Portugal, Spanien).

Ebenso sei die Privatisierung der Royal Mail zwar eine Agenda der Tories gewesen, mit der Liberalisierung des Postmarktes aber von europäischer Ebene vorangetrieben worden. Auch eine Renationalisierung der britischen Eisenbahn würde EU-Regulierungen widersprechen. Internationale Abkommen wie das im Moment verhandelte transatlantische Abkommen TTIP würde die nationale Handlungsfähigkeit weiter einschränken. Jones zeigt hier auf, dass selbst bei einer linken Mehrheit in Großbritannien linke Politiken massiv eingeschränkt würden.

Camersons Plan für einen Verbleib in der Europäischen Union beinhaltet eine Nachverhandlung, die einen weitgehenden Ausstieg aus Richtlinien und Verordnungen zu Arbeitsrechten vorsieht. Um diese umzusetzen, braucht er aber die Zustimmung der Linken zum Verbleib in der EU, da die Anti-EU Partei UKIP den Austritt als ihre zentrale Programmatik sieht und dafür kampagnisiert.

Jones plädiert dafür, eine linke Kampagne für den EU-Austritt vorzubereiten, um der rechten Propaganda nicht das Feld zu überlassen und den Austritt mit progressiven linken Politiken zu verbinden.

Er sieht auch keinen Widerspruch zum EU-Austritt und

der Unterstützung von linken Parteien wie Syriza und Podemos. Eine Debatte von Links würde deren Programmatiken nur unterstützen, weil die Perspektive einer anti-europäischen Linken im Raum stünde.⁵

Inwieweit diese »Lexit«-Debatte eine Programmatik der britischen Linken wird, wird sich wohl in den realpolitischen Kämpfen der nächsten Monate zeigen. Von einer gewerkschaftlichen Perspektive aus wäre sie wohl eher ein Akt der Notwehr gegen die gewerkschaftsfeindlichen Angriffe durch die konservative Regierung. Die aktuellen Kämpfe zeigen aber, dass ein Hoffen auf die höhere europapolitische Ebene nichts nutzt und es eine Bewegung in Großbritannien braucht, um etwas zu verändern. Jedenfalls braucht es aber eine weitere verstärkte Koordinierung und Kooperation von GewerkschafterInnen auf europäischer Ebene und auch weltweit. Um Angriffe, wie die von den Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen in Großbritannien gerade erlebten, abzuwehren, ist diese ebenso notwendig wie für eine Veränderung der Rahmenbedingungen in der Europäischen Union. 

SANDRA BREITENEDER

ist Mitarbeiterin der Abteilung Europa, Konzerne
und Internationales in der GPA-djp.

1. <http://www.theguardian.com/business/2015/aug/07/union-files-pay-claim-to-sports-direct-over-zero-hours-contracts>
2. <http://www.theguardian.com/business/2015/mar/25/sports-direct-back-street-outfit-mps-parliamentary-inquiry>
3. <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/sep/07/nothing-good-about-zero-hours-contract-abolish-them>
4. <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/3aae1b92-2bac-11e5-8613-e7aedbb7bdb7.html#axzz3mAz8WHxM>
5. <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/jul/14/left-reject-eu-greece-euro-sceptic>



WORLD PRESS PHOTO 15

GALERIE WESTLICHT



1. Preis Fotoserien, Natur

Anand Varma, USA, für National Geographic Magazine

Wenn Sporen eines Ophiocordyceps-Pilzes auf einer Amazonasameise landen, dringen sie in ihr Außenskelett und dann in ihr Gehirn ein und zwingen den Wirt, seinen normalen Lebensraum am Waldboden zu verlassen und einen nahen Baum zu erklettern. Die sterbende Ameise, bereits vom Pilz durchdrungen, beißt sich an einem Blatt oder einer anderen Oberfläche fest. Aus ihrer Hülle sprießen stielartige Fruchtkörper, die Sporen auf darunter laufende Ameisen streuen und so den Zyklus in Gang halten.

Recht – Familie – Ehe

Helga Hieden-Sommer nimmt die aktuelle Debatte um die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare zum Anlass, Grundlagen unseres Familienrechts zu hinterfragen. Nicht die Eheschließung, sondern die Versorgung von Kindern, ob durch verheiratete oder unverheiratete Paare oder AlleinerzieherInnen, sollten eine Familie – mit all ihren unterhalts- und erbrechtlichen Absicherungen – und staatliche Familienförderung begründen. Die Frage der Überwindung der zweihundert Jahre alten bürgerlichen Familiennorm stellt sich aus ihrer Sicht daher vor der Frage der Öffnung der Ehe für Homosexuelle.

Seit dem Jahre 1812 gilt der § 44 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs (ABGB): »Die Familienverhältnisse werden durch den Ehevertrag begründet. In dem Ehevertrage erklären zwei Personen verschiedenen Geschlechtes gesetzmäßig ihren Willen, in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben, Kinder zu zeugen, sie zu erziehen, und sich gegenseitig Beistand zu leisten.« Das heißt: Rechtlich begründen nicht Kinder, sondern die Ehe eine Familie. Und die Ehe nach bürgerlichem Recht ist Voraussetzung für unterhaltsrechtlich begründete steuerliche Förderungen und sozialrechtliche Ansprüche für Familien. Die Formulierung »in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben« erinnert daran, dass diese Familiennorm aus der katholischen Habsburger-Monarchie stammt.

Nach dem Familienbericht 1969 der öVP-Alleinregierung konnten sich die staatstragenden Parteien in den Beratungen zur Bundesverfassung der Republik nicht über die grundlegenden Bestimmungen zu Familie und Ehe einigen, so dass »man sich schließlich auf eine im wesentlichen unveränderte Aufrechterhaltung des noch in der Monarchie geltenden Rechtszustandes einigte.« Und zwar »ausschließlich in einfachen Gesetzen, insbesondere in den §§ 44ff. des ABGB.«¹

TRENNUNG VON KIRCHE UND STAAT?

Aus der Studie »Familie – Recht – Politik« von Oskar Lehner geht hervor, dass nach dem Ende der Monarchie die Christlichsoziale Partei Bündnispartner der katholischen Kirche blieb und gegen die von der Sozialdemokratie geforderte Trennung von Kirche und Staat Stellung bezog.² Die katholische Kirche bemühte sich nach dem Zweiten Weltkrieg, also nach 1945, durchzusetzen, dass die Eheschließung nach kirchlichem

Recht wie vor dem 1. 8. 1938 im Ständestaat wieder staatliche Wirkung erhielt; dies unterstützend trat die öVP für die fakultative Zivilehe ein, die SPÖ bekämpfte dieses Vorhaben. In der öVP-Alleinregierung der 1960er-Jahre erstellte Justizminister Klecatsky nochmals einen Entwurf zur Wahlzivilehe.

Sozialdemokratische Abgeordnete wie Gabriele Proft traten bereits am Beginn der 1. Republik für eine Familienrechtsreform ein. Erst in der SPÖ-Alleinregierung Mitte der 1970er-Jahre – mehr als 50 Jahre später – wurden unter Justizminister Broda wichtige Forderungen umgesetzt. Wie in den Jahrzehnten zuvor standen die Vertreter der Zivilrechtswissenschaft den Grundsätzen der Familienrechtsreform – gleiche Rechte für Frau und Mann in der Familie – reserviert bis ablehnend gegenüber. Dies erklärt zum Teil, dass im Rechtsstudium bis heute Zusammenhänge zwischen Rechtsnormen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen kaum oder nicht behandelt werden, auch nicht im Hinblick auf über 200 Jahre alte Rechtsnormen.

POLITISCHE BILDUNG AUCH AN UNIVERSITÄTEN?

Im neuen Grundsatzlerlass zum Unterrichtsprinzip *Politische Bildung in den Schulen* heißt ein Ziel: »Politische Bildung ist Vermittlung von Wissen und Kenntnissen: Der Schüler soll Einblick in die Ordnung und die verschiedenen Ausformungen des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens gewinnen. Er soll Sachinformationen über die historischen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen dieser Ordnungen erhalten und die in ihnen wirkenden Kräfte und Interessen erkennen.« Dieses Ziel wird in der näheren Umschreibung u. a. folgend erläutert: »Politische Bildung soll den Schüler befähigen, gesellschaftliche Strukturen in ihrer

1. Bericht über die Lage der Familien in Österreich, Familienbericht 1969, hg. vom Bundeskanzleramt, Wien 1969
2. Oskar Lehner: Familie – Recht – Politik. Die Entwicklung des österreichischen Familienrechts im 19. und 20. Jahrhundert, Linzer Universitätschriften, Monographien 13, Springer-Verlag, Wien – New York, 1987
3. S. z. B. Elmar Altvater: die Arbeitsgesellschaft vor den Herausforderun-

gen von Geld und Natur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15/95, Berlin, 17. Helga Hieden-Sommer: Der „kapitalistische Produktivitätsmalus“ beeinflusst die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, in: dies.: Politik und Wissenschaft. Öffentliche Meinungsbildung. Persönliche Erfahrungen, Klagenfurt 2014, 196ff.

Art und ihrer Bedingtheit zu erkennen (Interessen, Normen, Wertvorstellungen; Herrschaft, Macht, Machtverteilungen; politische Institutionen).« Ähnliche aus einem Demokratieverständnis abgeleitete Ansprüche an Lehrende scheint es für den Universitätsbereich, z. B. für die Rechtswissenschaft oder die Wirtschaftswissenschaft, nicht zu geben. (Nebenbemerkung zur Wortwahl im Zusammenhang mit »politischer« Bildung: statt »der Schüler soll« würde »Lernende sollen« usw. die Schülerinnen sprachlich einschließen.)

PRODUKTIVITÄTSSTEIGERUNG UND GESCHLECHTSBEZOGENE ARBEITSTEILUNG

Nach kapitalistischer Sichtweise gelten nicht alle Arbeiten als produktiv, die einen Beitrag zum Wohlstand und Wohlbefinden leisten, sondern nur jene Arbeiten und Organisationsformen der Wirtschaft, die Kapital vermehren.³ Als Anpassung an die zunehmende Spezialisierung der Produktion und in Übereinstimmung mit dem kapitalistischen Produktivitätsverständnis wurde 1812 im ABGB die Trennung von Haushalt und Betrieb/Unternehmen festgelegt. Verbunden mit der geschlechtlichen Arbeitsteilung in der bürgerlichen Familie, die die Ehe voraussetzt, wurde der Haushalt zum Privatbereich erklärt und alle Tätigkeiten im Haushalt zur Nicht-Arbeit: Hausarbeit und private Betreuungsarbeit gelten daher nicht als wirtschaftliche Tätigkeiten, als Teil des Wirtschaftsystems. So sollte/konnte die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau als gesellschaftliche Organisationsform die Dienstleistungen, die in der vorindustriellen, feudalen Zeit von Knechten und Mägden geleistet wurden, weitgehend durch die »Hausfrauen« sicherstellen. Entsprechend dem bürgerlich-ständischen Verständnis sorgt der Ehemann als Geldverdiener und Ernährer der Familie durch den privatrechtlichen Unterhalt für die Existenzsicherung der Kinder und der Ehefrau. Diese erbringt die Tätigkeiten im Haushalt aus »Liebe«. Das hat weitreichende Folgen für die Existenzsicherung von Müttern bzw. von Frauen allgemein, besonders von Frauen der nicht-bürgerlichen, nicht wohlhabenden Bevölkerung.

BÜRGERLICHE FAMILIE – SOZIALRECHT

In den letzten hundert Jahren haben Arbeiterbewegungen und Frauenbewegungen viele Verbesserungen in den Lebensverhältnissen der nicht wohlhabenden Bevölkerung und von Frauen erkämpft, notgedrungen ausgehend vom jeweils geltenden Recht wie dem ABGB oder der Verfassung. Noch heute bestehende Regelungen auf der Grundlage der bürgerlich-feudalen Familiennorm des § 44 ABGB verdeutlichen dies beispielhaft:

- Die Höhe der Witwenpension ist von der Höhe des Einkommens des Partners abhängig, nicht aber vom Sachverhalt, Kinder versorgt zu haben.
- Nicht verheiratete heterosexuelle Paare mit Kindern sind rechtlich keine vollwertigen Familie: der Mann erhält nicht automatisch das Sorgerecht, die Frau hat keinen Anspruch auf eine Witwenpension.
 - Kinder mit lediger Mutter sind rechtlich keine Familie; ledige Mütter haben keine solidarische Krankenkassen(mit versicherung wie verheiratete Mütter.
 - Verheiratete, erwerbstätig gewesene Ehefrauen mit sehr niedriger Eigenpension haben keinen Anspruch auf die Ausgleichszulage, da der Ehemann unterhaltspflichtig ist. Das heißt: Nicht die Versorgung von Kindern und die Haushaltstätigkeiten gelten nach der bürgerlichen Rechtsnorm als gesellschaftlich wichtige Leistungen, die zu sozialen Rechten führen, sondern die Ehe bzw. die Sorge um die Aufrechterhaltung der männlichen Erwerbsarbeitskraft.

ABGB: FAMILIENPOLITIK DER VERFASSUNGSRICHTER

Die spö-Alleinregierung hat in den 1970er-Jahren nach dem Grundsatz »Uns ist jedes Kind gleich viel wert« die zuvor unterhaltsrechtlich begründete steuerliche Familienförderung in die Kind bezogene, direkte Familienbeihilfe umgewandelt. Jede, jeder, der für ein Kind sorgt, bekommt diese staatliche Unterstützung.

In den folgenden Jahren haben öVP und FPÖ jeweils vor Wahlen eine hohe steuerliche Förderung der Familien verlangt (steuerliches Existenzminimum, Familiensplitting). In Kompromissen der Koalitionsregierungen wurden verschieden kleinere steuerliche Förderungen beschlossen; ihre rechtliche Grundlage ist die bürgerliche Unterhaltspflicht des ABGB. Steuerliche Familienförderung benachteiligt Familien mit niedrigem Einkommen und tendenziell Frauen, da sie als Erwerbstätige oft niedrige, häufig nicht einkommenssteuerpflichtige Einkommen haben bzw. als nicht erwerbstätige Ehefrauen kein eigenes Einkommen. Die Einkommen der Männer reichen eher in höhere Steuerstufen, in denen steuerliche Förderung stärker wirksam wird.

1992 und 1996 haben die Verfassungsrichter in Erkenntnissen zur Frage der besonderen Familienförderung entsprechend der bürgerlich-feudalen Unterhaltspflicht Stellung bezogen – im Erkenntnis vom 27. Juli 1996 folgend: Gleiches wird gleich, Ungleiches wird unterschiedlich behandelt;

4. Frauke Stübig: Ein Rückblick auf die Französische Revolution auch aus weiblicher Sicht, In: Ute Gerhard u.a.: Differenz und Gleichheit. Menschen–rechte haben (k)ein Geschlecht, Frankfurt am Main, 1990, 30ff.

unterschiedlich hohe Einkommen der Eltern erfordern eine unterschiedliche Förderung. Bei der Beurteilung der notwendigen Höhe der Familienförderung müssen die bürgerliche Unterhaltspflicht und die Unversehrtheit des Eigentums Leitlinien der Familienförderung sein. Eltern im höheren Einkommensbereich geben für ihre Kinder mehr aus als die Familienbeihilfe ausmacht; sie sind daher finanziell stärker belastet als Eltern im unteren Einkommensbereich; bei letzteren deckt die Familienbeihilfe die Ausgaben für die Kinder. Diese Erkenntnisse auf der Grundlage des ABGB stärken bis heute die Forderungen nach steuerlichen Familienförderungen, die die Kinder von Eltern im unteren Einkommensbereich benachteiligen bzw. finanziell besser gestellte Familien begünstigen.

HISTORISCHE MACHTVERHÄLTNISSE UND RECHT

Die Französische Revolution von 1789 wird häufig mit dem Erlangen allgemeiner Bürger- und Menschenrechte verbunden. Ein genauer historischer Rückblick aus der Sicht von Frauen zeigt, dass in den revolutionären Auseinandersetzungen Frauen als wichtige Mitkämpferinnen zunächst ähnlich wie besitzlose Männer einige politische (Zulassung von Frauenorganisationen) und wirtschaftliche Zugeständnisse (etwa Höchstpreise für Grundnahrungsmittel) erhielten. Bereits 1795 nach dem Sturz Robespierres hob der bürgerliche Konvent alle Rechte für Frauen wieder auf. Die endgültigen Errungenschaften der Revolution fanden im Code Civil, einem Gesetzbuch für das bürgerliche Zivilrecht, ihren Niederschlag; für Frankreich galt nun die Trennung von Kirche und Staat, die Menschen- und Bürgerrechte blieben Männerrechte.⁴

Als das ABGB unter dem Einfluss des Code Civil in der Habsburger-Monarchie geschaffen wurde, galten wie in anderen Monarchien soziale Unterschiede nach verbreiteter Auffassung Gott gewollt. Heute stützt die Ideologie des neoliberalen globalen Kapitalismus feudale Normen: Es heißt: Große Einkommensunterschiede signalisieren große Leistungsunterschiede – die geforderte »Unversehrtheit des Eigentums« der »Leistungsträger« verhindert eine angemessene Besteuerung großer Vermögen und jede Diskussion über Leben sichernde materielle Gleichheit; die »bürgerliche Unterhaltspflicht« der Ehemänner soll die »Arbeit aus Liebe« der Ehefrauen als Ergänzung zur zeitlich flexiblen und örtlich mobilen Erwerbsarbeit ermöglichen. Feudale Normen werden beibehalten, trotz des nicht zu übersehenden gesellschaftlichen Wandels auch im Bereich der Familien: Es gibt immer mehr Einelternfamilien, vor allem Mutterfamilien; immer mehr nicht verheiratete he-

terosexuelle Partnerschaften mit Kindern, immer mehr Patchwork-Familien, immer mehr formell erwerbstätige Frauen, auch mit guter Ausbildung und eine zunehmende Zahl von Scheidungen.

»EHE GLEICH!« FÜR HOMOSEXUELLE?

Anfang August 2015 wurden dem österreichischen Parlament 15.000 Unterschriften der Bürgerinitiative »Ehe gleich!« übergeben. Mehrere führende Politiker und Politikerinnen der SPÖ unterstützen die Forderung, die Ehe sofort auch für homosexuelle Paare einzuführen. Ja, es ist gesellschaftlich wertvoll, wenn zwei erwachsene Menschen dauerhaft miteinander leben, füreinander Verantwortung übernehmen, einander Beistand leisten. Man könnte dies Ehe nennen. Aber Familie im rechtlichen Sinne mit Ansprüchen im Sozialrecht (Hinterbliebenenpension, Krankenkassen(mit)versicherung) und auf familienpolitisch begründete Familienförderung (vom bürgerlichen Unterhaltsrecht abgeleitete Steuerermäßigungen) soll für jene Menschen gelten, die Kinder versorgen. Das heißt: Die rechtliche Norm der bürgerlichen Familie, die durch die Ehe begründet wird, muss durch einen Familienbegriff ersetzt werden, der Familie mit Sorge für Kinder definiert. Nicht die Ehe, sondern Kinder, die versorgt werden, sollen Familienverhältnisse begründen und zu Sozialleistungen führen. Für mich ist es widersinnig, dass nicht verheiratete heterosexuelle Paare mit Kindern oder nicht verheiratete Mütter, die für Kinder sorgen, weiterhin rechtlich nicht als Familie anerkannt werden, kinderlose homosexuelle Paare hingegen durch das geltende Eherecht zur Familie werden sollen.

Übrigens: Mit dem Blick auf Familienbegriff und Familienpolitik ist meines Erachtens die Auffassung problematisch, dass Religion reine Privatsache sei. Die Vorsitzende der österreichischen Grünen vertrat diese Meinung im Sommergespräch im August 2015. Soweit es um das persönliche Glaubensbekenntnis geht, ist Religion Privatsache. Sobald aber aus dem Glauben erwachsene Vorstellungen – Lebensregeln – gesellschaftliche institutionelle Regelungen wie Rechtsnormen bestimmen, werden sie zu einer öffentlichen Angelegenheit, da sie Verbindlichkeit für alle bedeuten. 

HELGA HIEDEN-SOMMER

ist Soziologin und war Vorsitzende der Kärntner SPÖ-Frauen. Sie gehörte von 1979 bis 1990 dem Bundesrat bzw. dem Nationalrat an und beschäftigt sich laufend wissenschaftlich und publizistisch mit Fragen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, des Familienrechts und der Gleichstellung der Geschlechter.

WORLD PRESS PHOTO 15

GALERIE WESTLICHT

2. Preis Enzelfotos, Aktuelle Themen

Ronghui Chen, China, City Express

Yiwu, China: Wei (19) arbeitet in einer Fabrik in Yiwu im Osten Chinas, wo er Polystyrol-Schneeflocken mit rotem Farbpulver besprüht. Er trägt eine Weihnachtsmann-Mütze als Haarschutz und verbraucht täglich mindestens sechs Mundschutz-Masken. Nach Angaben der Presseagentur der chinesischen Regierung produzieren 600 Fabriken in Yiwu rund 60% der Weihnachtsdekorationen weltweit. In diesen Werken arbeiten meist zugewanderte Arbeitskräfte 12 Stunden pro Tag für 270 bis 400 Euro monatlich. Wei, der aus dem 1.500 km entfernten ländlichen Guizhou kommt, weiß nicht genau, was Weihnachten ist, glaubt aber, es sei eine Art chinesisches Neujahr im Ausland.





1. Preis Einzelfotos, Reportagen

Sergei Ilnitky, Russland, European Pressphoto Agency

Donetsk, Ukraine: Ein Küchentisch in Donezk am 26. August. An diesem Tag gerieten verschiedene Stadtteile unter das Artilleriefeuer von Regierungstruppen. Die Proteste im Februar hatten zur Ablösung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch durch den proeuropäischen Petro Poroschenko geführt. Separatisten im überwiegend russischsprachigen Osten verlangten eine größere Autonomie und eine stärkere Bindung an Russland. Im April wurden in den östlichen Gebieten Donezk und Luhansk Regierungsgebäude von Rebellen besetzt und selbst ausgerufenen Volksrepubliken proklamiert. Die Kampfhandlungen in den darauf folgenden Wochen zwischen Regierung und Separatisten führten auf beiden Seiten zu schweren Verlusten. Russland führte im grenznahen Gebiet eine Reihe von Truppenübungen durch, während die Ukraine und NATO-Sprecher Russland Waffenlieferungen an die Rebellen und Übergriffe auf ukrainisches Gebiet mit Kriegsgerät und Soldaten vorwarfen, was Moskau bestritt.

WORLD PRESS
PHOTO 15
GALERIE WESTLICHT



Machen wir Wien zur sozialsten Zwei-Millionenstadt!

Der Versuch der Wiener SPÖ, in der ersten Plakatwelle zum laufenden Wahlkampf auch Probleme, die es auch in Wien gibt, anzusprechen, wurde mit Blick auf die jahrzehntelang sozialdemokratisch geprägte Stadtpolitik auch kritisiert. Landespartei sekretär Georg Niedermühlbichler argumentiert, warum das Anerkennen von Problemen Grundlage der sozialdemokratischen Vision für Wien, das in Richtung einer 2-Millionen-Metropole wächst, ist: Der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur muss mit dem urbanen Wachstum Schritt halten. Das Gesamtkunstwerk Wien dürfe nicht den blauen Zerstörern überlassen werden.

Im laufenden Wahlkampf setzt die SPÖ Wien auf die Themen, die den WienerInnen wichtig sind, egal ob sie hier aufgewachsen oder zugewandert sind: Wohnen, Arbeitsplätze sichern und schaffen, Gesundheit, Soziales und Bildung. Als verbindende Klammer haben wir den Slogan »A G'spür für Wien« gewählt. Damit bringen wir zum Ausdruck, dass die Sozialdemokratie den Menschen in dieser Stadt am nächsten ist: Wir wissen um die Sorgen und Anliegen der Wienerinnen und Wiener, weshalb wir maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Und wir wissen genau, was das Wiener Lebensgefühl ausmacht – Vielfalt, Dynamik, aber auch Ruhe und Beständigkeit.

WIEN WÄCHST

Eine der größten Herausforderungen ist die wachsende Stadt: Wien ist schon jetzt die zweitgrößte deutschsprachige Stadt und jährlich kommen rund 30.000 EinwohnerInnen hinzu. Innerhalb der nächsten 15 Jahre werden in Wien zwei Millionen Menschen leben – so viele wie zuletzt 1910, als die Hauptstadt von Österreich-Ungarn die weltweit fünftgrößte Metropole war. Diese Entwicklung macht uns stolz und birgt großes Potential: Vor allem junge Menschen ziehen nach Wien, das dadurch noch vielfältiger und internationaler wird. Aber: Das Wachstum hat auch Konsequenzen. Wir brauchen künftig noch mehr leistbaren Wohnraum, Infrastruktur und Jobs. Deshalb kommt es schon jetzt darauf an, Sorge zu tragen, dass Öffis, Bildungs- und Wohnungsangebote im selben Ausmaß »mitwachsen«. Was wir heute für 1,8 Millionen Menschen schaffen, wollen wir 2030 auch für zwei Millionen zusammenbringen. Das ist unser Ehrgeiz und Anspruch: Wien zur sozialsten und gerechtesten Zwei-Millionenstadt zu machen!

ARBEITSPLÄTZE BRAUCHEN INVESTITIONEN

Besonders dringlich sind die Probleme am Arbeitsmarkt. Die weltweite Krise hat vor Wien nicht Halt gemacht. Mehr Jobs wird es erst geben, wenn die Wirtschaft wieder wächst. Eines der Mittel hierzu ist die Stärkung der öffentlichen Nachfrage – durch die Steuerreform auf Bundesebene haben die ÖsterreicherInnen im kommenden Jahr fünf Milliarden Euro mehr zum Ausgeben. Seitens der Stadt tun wir das unsere, um die Konjunktur zu beleben und Arbeitsplätze zu schaffen. Für die nächsten fünf Jahre heißt das konkret: Wir investieren noch mehr in junge Unternehmen, in Forschung und Entwicklung und den Öffi-Ausbau. Wir bauen neue Spitäler, Pflegeeinrichtungen, Schulen, Kindergärten und Wohnungen.

Ein weiteres Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist Bildung: Alle Studien belegen, dass es hier einen engen Zusammenhang gibt. Die Hälfte aller Arbeitslosen hat nur den Pflichtabschluss. Daher unterstützen wir im Rahmen des Qualifikationsplans Wien 2020 beim Nachholen von Abschlüssen oder Frauen beim Wiedereinstieg nach der Baby-pause. Genauso geht es darum, zu sorgen, dass alle Jugendlichen einen Schul- oder Ausbildungsplatz bekommen. Alleine heuer nehmen wir 62 Millionen Euro in die Hand, um 3.500 jungen WienerInnen, die keinen Lehrplatz finden, eine Ausbildung zu ermöglichen. Mit der Ausbildungsgarantie lassen keinen Jugendlichen im Stich: Denn die Lehrlinge sind die gut ausgebildeten Facharbeiter von morgen.

WIR BAUEN WIEDER GEMEINDEWOHNUNGEN

Fragt man junge Menschen nach ihren Zukunftssorgen, erhält man oft die Antwort: »Ich weiß nicht, ob ich eine günstige

Wohnung finden werde.« In Wien unternehmen wir alles, damit junge Menschen diese Sorge nicht haben müssen. Schon jetzt leben mehr als 60 Prozent der WienerInnen im Gemeindebau oder geförderten Wohnungen. Eben weil so viele Wohnungen in kommunaler Hand sind, blieben die Mieten im internationalen Vergleich günstig.

Klar ist aber auch: Wien ist eine wachsende Stadt und daher gibt es mehr Bedarf. Gleichzeitig gibt es eine Kostensteigerung auf dem privaten Wohnungsmarkt. Für uns bedeutet das, alles dafür zu tun, dass leistbares Wohnen weiter möglich ist. Und zwar, indem wir 2.000 neuen Gemeindewohnungen bauen – mit günstigen Mieten, keinen Eigenmitteln und höchstem Mieterschutz. Insgesamt werden in kommenden fünf Jahren 50.000 neue Wohnungen errichtet, 35.000 davon gefördert. Von dieser Offensive profitiert nicht zuletzt die Wirtschaft: Die Investitionen der Stadt schaffen und sichern Tausende Jobs im Baugewerbe. Und schließlich setzen wir uns dafür ein, dass das Mietrecht auf Bundesebene reformiert wird. Es braucht faire Mieten und günstigen Wohnraum für alle!

STADT DES WISSENS

Der wirtschaftliche Wandel hin zu Forschung, Entwicklung und Innovation hat sich beschleunigt. In allen diesen Bereichen ist Wien gut aufgestellt. Mit mittlerweile 190.000 Studentinnen und Studenten aus 140 Ländern ist Wien die größte deutschsprachige Universitätsstadt. Jeder 10. in Wien lebende Mensch studiert – damit ist Wien auch Österreichs Hauptstadt der Wissenschaft. Seitens der Stadt fördern wir Unis und Projekte – beispielsweise kommen Mittel aus dem Wiener Wissenschafts- und Technologieförderungsfonds (WWTF) den Schwerpunkten Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaft sowie Mathematik zugute. Am Vienna Biocenter wiederum sind mittlerweile 1.400 Wissenschaftler aus über 40 Ländern tätig. Aber auch neugegründete Unternehmen werden in Wien umfassend unterstützt, damit aus innovativen Ideen Wirklichkeit werden kann. Schon heute arbeiten 40.000 Menschen in Wien im Forschungs- und Entwicklungsbereich, wobei rund 40 Prozent weiblich sind.

DER GRATISKINDERGARTEN BLEIBT GRATIS!

Das Bildungsniveau wird in Österreich immer noch zu einem großen Teil vererbt. Wir sind davon überzeugt, dass das Talent zählt und nicht die soziale Herkunft. Allen sollen die gleichen Zukunftschancen offenstehen, nicht nur einigen wenigen. Der Gratis-Kindergarten, das verpflichtende Kindergartenjahr, die Wiener Neue Mittelschule sowie der Ausbau der

Ganztagsschule und die Gratsnachhilfe sind konkrete Schritte in diese Richtung.

Ein besonders wichtiges Instrument ist der Gratis-Kindergarten: Seit 2009 ist die Kinderbetreuung in Wien gratis und das bleibt auch in Zukunft so! Ersparen sich doch die Familien dadurch jährlich pro Kind bis zu 2.800 Euro. Familien mit besonders niedrigem Einkommen erhalten zudem eine Förderung des Essensbeitrags. Und weil es in Wien die höchste Betreuungsdichte und flexibelsten Öffnungszeiten Österreichs gibt, sind auch Beruf und Familie leichter vereinbar. Die Kinder werden in ihren motorischen und sozialen Kompetenzen gefordert und gefördert – auf Basis eines eigenen Bildungsplans. Denn in Wien ist der Kindergarten ganz bewusst keine »Kindergarderobe«, sondern die erste Bildungseinrichtung im Leben eines Menschen. Deshalb bauen wir das Platzangebot weiter aus und forcieren die Ausbildung der PädagogInnen. Und: Der Gratiskindergarten bleibt gratis!

WER HILFE BRAUCHT, MUSS SIE AUCH BEKOMMEN!

In Wien lassen wir niemanden im Stich. Menschen in schwierigen Lebenssituationen bekommen die Unterstützung, die sie brauchen. Wir arbeiten laufend an unserem Sozialsystem, damit auch in Zukunft jedem Menschen geholfen wird und niemand mit seinen Sorgen allein bleibt. Bei der Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit sind die Herausforderungen groß: Viele beziehen Mindestsicherung, weil ihnen trotz Arbeit zu wenig zum Leben bleibt. Hier verhelfen wir mit Weiterbildungsmaßnahmen zu besseren Chancen. Insgesamt gibt die Stadt rund drei Milliarden Euro pro Jahr für Gesundheit und Soziales aus. Das entspricht einem Viertel des Gesamtbudgets. Das Geld ist gut investiert. Denn nur eine Stadt mit sozialer Sicherheit und guter Gesundheitsversorgung ist auch lebenswert!

FRAUENSTADT WIEN

In Wien werden Frauen unterstützt und gefördert. Wien ist nicht umsonst das Bundesland, in dem die Einkommensschere am kleinsten ist. Bundesweit gibt es die niedrigste Zahl an Schließtagen in Kindergärten in den Ferien und die längsten Öffnungszeiten. Und die Erwerbsquote liegt mit 79,5 Prozent weit über dem Österreich-Durchschnitt. Seitens der Stadt gehen wir mit gutem Beispiel voran: Die Hälfte der Stadtregierung ist weiblich, im Magistrat gilt ein starkes Gleichbehandlungsgesetz. Unternehmen, die Frauen fördern, werden bei der Auftragsvergabe bevorzugt. Das ist konkrete Politik für

Frauen – im Unterschied zu bloßen Ankündigungen oder der »Zurück an den Herd«-Ideologie anderer Parteien. Klar ist: Wir werden weiter alles tun, damit Wien die beste Stadt für Frauen ist!

HILFE FÜR FLÜCHTLINGE

Die Entwicklung bei den Flüchtlingszahlen ist seit Wochen das dominierende Thema in Österreich – und es beeinflusst auch den Wahlkampf in Wien. Denn die FPÖ versucht bewusst, Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Wir alle erinnern uns an die Bilder aus Erdberg, als FPÖ-Parteigänger eine ankommende Flüchtlingsfamilie mit hetzerischen Parolen in Empfang nahmen. Dieser Politik der Unmenschlichkeit setzen wir unsere Politik der Menschlichkeit entgegen: Der Fonds Soziales Wien sichert die Betreuung von rund 10.700 Flüchtlingen. Und zwar ganz ohne Zelte und Container – zwei Drittel sind in Privatquartieren untergebracht. Darüber hinaus hat Wien die Betreuung von Familien und unbegleiteten Kindern aus Traiskirchen übernommen, die besonders unter den dortigen Zuständen zu leiden hatten.

Wir werden für alle Flüchtlingskinder, die schulpflichtig sind, entsprechende Plätze finden. Und wir kümmern uns auch um jene, die älter sind oder Schulabbrecher. Dazu wird das Projekt Jugendcollege gestartet – mit Deutschlernen und einer Berufsausbildung, damit diese Jugendlichen sich in die Gesellschaft integrieren können. Integration ist in Wien überhaupt ein Gesamtkonzept, bei dem die einzelnen Maßnahmen ineinandergreifen: Deutschkurse, Antirassismuarbeit und echte Willkommenskultur.

»DUELL« MIT DER FPÖ?

Das Agieren der FPÖ in der Flüchtlingsfrage hat einmal mehr deutlich gemacht, dass an eine politische Zusammenarbeit mit dieser Partei nicht zu denken ist. Wie Bürgermeister Häupl betont hat, hat eine Koalition viel mit Inhalten, aber auch mit Haltung, Charakter und Anstand zu tun. All das gibt es bei der FPÖ nicht.

Wenn derzeit viele Kommentatoren die FPÖ im Aufwind sehen, so ist das nicht weiter verwunderlich. Nichts ist einfacher, als immer nur dagegen zu sein. Während die FPÖ alles daran setzt, die Gesellschaft zu spalten, präsentiert die SPÖ Wien Lösungen – ganz nach dem Motto: Wie wollen wir, dass das Wien der Zukunft aussieht? Von Strache und anderen hört man dazu überhaupt nichts. Die FPÖ hat den Menschen rein gar nichts anzubieten. Und das wird sich im Wahlergeb-

nis widerspiegeln. Der FPÖ wird es nicht gelingen, einen Keil in unsere Gesellschaft zu treiben. Vor dieser Auseinandersetzung scheuen wir keinen Millimeter zurück.

EINE ENTSCHEIDENDE WAHL

Vor 70 Jahren lag Wien in Trümmern, heute ist es wieder eine Weltstadt. Eine soziale, vielfältige und weltoffene Stadt. Das passt nicht allen. Manche möchten das Rad der Zeit zurückdrehen und versuchen, die Menschen gegeneinander aufzuhetzen. Dagegen treten wir mit aller Vehemenz auf. Nur gemeinsam können wir Wien weiterbringen. Wem also die positive Weiterentwicklung Wiens am Herzen liegt, der muss am 11. Oktober zur Wahl gehen! 

GEORG NIEDERMÜHLBICHLER
ist Landespartei sekretär der SPÖ Wien.

WORLD PRESS PHOTO 15

GALERIE WESTLICHT



2. Preis Fotoserien, Alltagsleben

Sarker Protick, Bangladesh

Ein Jahr lang hat der bangalische Fotograf Sarker Protick seine Grosseltern in ihrer Einzimmerwohnung in Dhaka fotografiert. »Es war Nachmittag. Ich sass auf der Couch meines Grossvaters. Die Tür stand etwas offen, und ich sah das Licht, das durch den Spalt fiel und zwischen der weissen Tür und den weissen Wänden verblasste. Plötzlich ergab alles einen Sinn.« So schildert Sarker Protick den Moment, in dem das Konzept für die Fotoserie über seine Grosseltern entstand.



2. Preis Fotoserien, Reportagen

Glenna Gordon, USA, für Time / The Wall Street Journal

Abuja, Nigeria: Kleider von drei der entführten Mädchen. Am 14. April wurden 276 Mädchen von der militanten islamistischen Gruppierung Boko Haram (übersetzt etwa: »westliche Bildung ist verboten«) aus dem Schlafsaal ihrer Schule in Chibok, einer entlegenen Stadt im Norden Nigerias, entführt. Boko Haram strebt die Gründung eines islamischen Staats in Nigeria an und bekämpft die weltliche Erziehung, besonders für Mädchen. Die Gruppe greift schon seit einigen Jahren Schulen an, tötet Zivilisten, entführt Schüler und führt Zwangsrekrutierungen durch.

WORLD PRESS

PHOTO 15

GALERIE WESTLICHT



Vom Liebling der Partei zum Volksfeind: Nikolai Bucharin

Ob »Liebling der Partei« (Lenin) oder doch »faschistischer Söldner« (Stalin): Kaum ein Schicksal eines russischen Revolutionärs nahm einen solchen Verlauf wie das Nikolai Bucharins. Als Linksaußen und Rechtsabweichler kritisiert, zwischen Expansionskommunismus und »Sozialismus in einem Land« schwankend, war er eine der schillerndsten Persönlichkeiten der frühen Sowjetunion. Dass er sich bei allen Kurswechseln bemühte, an der Seite des von ihm gegen Trotzki unterstützten Stalin zu verharren und dann trotz öffentlicher Selbstkritik schließlich doch im Terror des Diktators umkam, macht die Tragik eines Revolutionärs aus. Stefan Brocza und Andreas Brocza besprechen die neue und auf langen Forschungen basierende Bucharin-Biographie von Wladislaw Hedeler.

In seiner neuen, beeindruckenden politischen Biografie zeichnet Wladislaw Hedeler »das verhängnisvolle Leben des Massenagitators und Schmetterlingssammlers« Nikolai Bucharin nach, der noch im Gefängnis kurz vor seinem Tod in einem bewegenden Abschiedsbrief an Stalin seine Aufrichtigkeit und Freundschaft beschwor. Hedeler präsentiert seine über mehrere Jahrzehnte verfolgten Forschungen über Bucharin und zeichnet ein detailreiches Bild. Darin erscheint Bucharin als engagierter Ökonom, der seine Theorie im Laufe seines Lebens mehrfach an die Herausforderungen der russischen Revolutionen angepasst hat, und vom ultralinken Kommunisten zum vorsichtigen Verfechter eines privatwirtschaftlichen Parallelssektors sowie vom Lieblings- und Chefökonom der Partei zum »Volksfeind« wurde.

Im Unterschied zu den bekannteren führenden Personen der Russischen Revolution und der Sowjetunion der 1920er Jahre konnte Bucharin nicht durch einflussreiche und mächtige Ämter in Regierung oder Partei von sich Rede machen, noch durch militärisches Organisationstalent Aufsehen erregen. Lenin, der Berufsrevolutionär und Chefideologe der Bolschewiki, ging als Gründer der UdSSR in die Geschichtsbücher ein. Trotzki, der brillante Schriftsteller und Rhetoriker, wurde durch sein Amt als Volkskommissar zum eigentlichen Gründer der Roten Armee, begründete eine eigene marxistische Strömung und fand doch Jahre später sein Schicksal im mexikanischen Exil durch die Hände eines Attentäters. Und Stalin machte sich bereits Jahre vor der Oktoberrevolution im Kaukasus einen Namen als »Organisator« von Geldbeschaf-

ungsaktionen und konnte später das Amt des Generalsekretärs der KPdSU zu einer Machtbasis ungeahnten Ausmaßes ausbauen. Nikolai Bucharins Spuren sind im Unterschied dazu nur spärlich zu finden, da nur seine Schriften Bestand hatten – und sogar diese wurden in der UdSSR bis zu seiner Rehabilitierung unter Gorbatschow unter Verschluss gehalten.

FRÜHE THEORETISCHE PRÄGUNGEN

Bucharin, 1888 in Moskau geboren, den sein ganzes Leben ein breites Spektrum von Interessen begleitete, begeisterte sich als Kind und Jugendlicher erst mehr für Literatur – er las »was mir in die Hände geriet«. In der Folge interessierte er sich auch für Mathematik, Volkswirtschaft, Natur- und Kunstgeschichte. Zur Philosophie fand er erst später Zugang und dann über die Schriften von Bogdanow, einem linken Marxist, der in Konflikt mit Lenin kam. Bogdanow versuchte, die Lehre von Karl Marx nicht durch die Betonung der Widersprüche und des Kampfs in der Gesellschaft zu präsentieren, sondern verstand sie als eine Lehre von sozialer Harmonie. Diese Interpretation wurde von Lenin schwer attackiert und Bucharin musste erleben, wie seinen bisherigen philosophischen Ansichten der Boden entzogen wurde.

Wenn man so will, begann es mit dieser Episode, dass sich beim noch jungen Bucharin ein spezielles Muster etablierte: Er suchte sich in wissenschaftlichen und politischen Bereichen Sicherheit und Geborgenheit durch Schaffung einer Art von Vaterfigur. Zu dieser wurde Lenin. Diese problematische Haltung blieb natürlich nicht verborgen. Trotzki interpretierte

diesen Wesenszug etwa als »Weichheit« und meinte, dass Bucharin sich etwa in der Zeit des gemeinsamen Exils in New York mit »kindlicher Begeisterung« an ihn geklebt hätte. Später sollen ihm Genossen den scherzhaften Spitznamen »weiches Wachs« gegeben haben. Auch wenn Bucharin – möglicherweise auch mit Hilfe der Psychotherapie in seiner Wiener Zeit – seinen Hang zur Vatersuche nach dem Tod von Lenin überwinden konnte, so blieb doch das Fehlen persönlicher Härte ein schicksalhafter Charakterzug, der ihm schlussendlich zum Verhängnis wurde.

EXIL – MASSGEBLICHE WERKE

Maßgeblich für das Entstehen von Bucharins späteren Ansichten scheint seine Zeit im Exil gewesen zu sein. Als bereits revolutionär eingestellter und in das Moskauer Parteikomitee kooptierter Student war er 1911 gezwungen worden, Russland zu verlassen. Von seinen Aufenthalten in Österreich, der Schweiz, Skandinavien und den USA – er selbst beschrieb diese Jahre als eine Reise von Bibliothek zu Bibliothek – war wohl seine Zeit in Wien die wichtigste. Wien war bekannt für seine »Wiener Schule der Nationalökonomie« mit ihren bedeutsamen Vertretern Böhm-Bawerk, Menger und Wieser.

Diese als »Grenznutzenschule« bekannte Strömung hatte auch unter russischen Liberalen viele Anhänger. Bucharin wählte den für einen damaligen Marxisten untypischen Weg, die politische Ökonomie dadurch zu erlernen, indem er die nicht-marxistischen Theorieschulen von Grund auf studierte und erst dann fundiert kritisierte, wobei er deren Herangehensweise an wirtschaftliche Problemstellungen nutzte und für seine eigene Arbeit übernahm. Bucharin reichte es im Unterschied zu anderen nicht, diese nur als »bürgerlich« zu entwerten. Vielmehr zielte er darauf ab, innerhalb dieser Theoriegebäude methodische Fehler, innere Widersprüche und deren Unvollständigkeit darzulegen. Seine Feststellung »Das gegnerische System kritisieren heißt vor allem, sein eigenes durchdenken« fasst diese Haltung prägnant zusammen.

Weiters kam hinzu, dass die Beschäftigung mit der Grenznutzenschule einen für einen Marxisten völlig neuen und unterschiedlichen Blickwinkel mit sich brachte. Marx stützte sich bei seinen Überlegungen in erster Linie auf den Produktionsprozess und dessen Auswirkungen auf die Gesellschaft mit Betonung der Lage der Arbeitenden. Die Wiener Schule, hier vertreten durch Böhm-Bawerk, analysierte aber die Konsumtion und damit also nicht die materielle Produktion, sondern deren Realisierung durch Käufer und Verkäufer. Ergebnis die-

ser Studien war Bucharins Werk »Die politische Ökonomie des Rentners«, welche für ihn auch den Zusatznutzen hatte, die wirtschaftliche Lage Russlands besser verstehen zu können. Seinen Ansichten nach ähnelte nämlich das Verhalten des Großbürgertums der Habsburgermonarchie dem der in Russland herrschenden Schichten. Denn beide erschienen ihm zunehmend dekadent, indem sie als »überschüssige Elemente« sich nur noch dem unproduktiven Verbrauchen von Waren widmeten.

Unterschiedlich dazu fiel seine Bewertung der deutschen und vor allem anglo-amerikanischen Ökonomieschulen aus. In ihnen erkannte er die »dynamischen Kapitalisten«, welche die Vertreter der Grenznutzenschule ablösen werden. In gewisser Weise kommt hier bereits ein weiterer bestimmender Punkt für seine späteren Werke zum Ausdruck. Die Wirtschaft der USA und hier auch die Haltung und das Selbstbewusstsein seiner Bauernschaft, der Farmer also, scheint Bucharin tief beeindruckt zu haben. Er erkannte in ihr ein Beispiel für ein lebendiges und wissenschaftlich denkendes Bürgertum, welches er aber gleichzeitig – nicht zu Unrecht wie die Geschichte zeigen sollte – bereits als einen bestimmenden Gegner des Marxismus identifizierte.

GEDANKEN ZUM IMPERIALISMUS

Wohl bereits 1915 in der Schweiz geschrieben, verdient das 1917 veröffentlichte Werk »Imperialismus und Weltwirtschaft« besondere Aufmerksamkeit. Hier war es Bucharin, wie man heute weiß, gelungen, einen wichtigen Themenkreis vor seinem Lehrmeister Lenin zu erkennen und zu bearbeiten. Dieser hatte Bucharins Werk gelesen und sogar ein Vorwort dazu verfasst, bevor er selbst seine Arbeit »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« schrieb. Da Lenin darin aber dieses Thema auf seine eigene Weise bearbeitet und darüber hinaus zu unterschiedlichen Schlüssen kam, sind etwaige Stimmen, die von einem Plagiat Lenins sprechen, nicht glaubhaft.

Bucharin baute seine Überlegungen zum Imperialismus darauf auf, dass er zu Beginn klarstellte, dass alle nationalen Volkswirtschaften zusammen zu einem System der Weltwirtschaft gehören, ähnlich so wie individuelle Unternehmen jeweils in eine nationale Volkswirtschaft gehören. So wie Unternehmen untereinander konkurrieren, treten auch Staaten miteinander in den Wettstreit. Dabei bildet sich die Tendenz heraus, dass sich auf der einen Seite die Konflikte in der Weltwirtschaft verstärken und schlussendlich im Weltkrieg mün-

den, während auf der anderen, der nationalen Seite, die inneren Konflikte zunehmend aufgehoben werden. Das gelingt dadurch, dass auf nationalstaatlicher Ebene der Zusammenschluss von Unternehmen voranschreitet und es zur Schaffung von immer größeren und mächtigeren Kartellen, Syndikaten und Trusts kommt. Diese schließen sich dann unter Mithilfe der Finanzgruppen und vor allem des Staates zu einem »staatskapitalistischen Trust« zusammen. Das ist einer der wichtigsten und bedeutendsten Gedanken von Nikolai Bucharin.

Im Unterschied zu vielen seiner linken Zeitgenossen, traute er nämlich dem bürgerlichen Staat sehr wohl zu, die Volkswirtschaft rational zu organisieren und so die Konjunkturentwicklung in seinem Sinn zu beeinflussen. Nötig dafür sei es aber, die Einzelinteressen der bürgerlichen Gruppen den Staatsinteressen unterzuordnen, was er unter der »Nationalisierung der kapitalistischen Tendenzen« verstand. Im Zuge dessen verlagere sich der Konkurrenzkampf von der Ebene des Binnenmarkts auf jene der Weltmärkte. Während also die Konflikte in den nationalen Wirtschaften durch staatlichen Einfluss minimiert würden, steigern sie sich im System der Weltwirtschaft in noch unbekanntem Ausmaße. Methodisch gelingt das durch die Schaffung einer Struktur, welche wir nach heutigen Maßstäben als (fordistischen) Wohlfahrtsstaat bezeichnen könnten.

Darüber hinaus hielt Bucharin es auch für durchaus denkbar, dass solch eine Dominanz weniger staatskapitalistischer Trusts auch auf die gesamte Weltwirtschaft überspringen könnte, was zu einer Bildung eines Riesentrusts und einer Form von »Ultraimperialismus« führen könnte. Die Arbeiterschaft würde dann Freizügigkeit und Rechte, wie jene der freien Arbeitsplatzwahl, verlieren, und wäre dann ähnlich wie Leibeigene an den Boden, in ihrem Fall an den jeweiligen Betrieb, gefesselt. Zwar wäre dieses System kein Kapitalismus mehr, da der Warencharakter der Produktion aufgehoben wäre, gleichzeitig wäre aber die Klassenstruktur verstärkt, wodurch es eher einer Sklavenwirtschaft ähneln würde. Diese Angst Bucharins zeigte einen weiteren strukturellen Gedanken seiner späteren Werke auf.

Für Bucharin war der Sieg der Revolution und damit die Überwindung des Kapitalismus nicht unvermeidlich. Es gibt immer noch die Möglichkeit, dass die Weltwirtschaft in eine staatskapitalistische Despotie, in einen die Freiheit unterdrückenden Industrie feudalismus verfallen könnte. Tendenzen dazu erkannte Bucharin schon zu seinen Lebzeiten sowohl

in der Sowjetunion, vor allem aber im faschistischen System Hitlerdeutschlands. Aus diesen Überlegungen heraus lässt sich seine Neigung erklären, die Menschen zur kommunistischen Überzeugung zu erziehen und mit ihnen gemeinsam und nicht gegen diese ein neues System zu verwirklichen.

Im Zuge seines Werks »Imperialismus und Weltwirtschaft« kam Bucharin auch zum ersten Mal auf das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft und damit zwischen Stadt und Land zu sprechen. Im Rahmen der von ihm skizzierten Weltwirtschaft erkannte er bereits eine Trennung zwischen Industriestaaten und Agrarstaaten, welche nur noch Rohstoffe liefern können. Darüber hinaus sah er die Tendenz voraus, dass die Industrialisierung schneller vor sich gehen könne, als die Steigerung der Agrarproduktion. Das bringe das Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft durcheinander, was zu einem Ansteigen der Konflikte auf der Ebene der Weltwirtschaft führen werde.

TRANSFORMATIONSPERIODE

Vor dem geschichtlichen Hintergrund des Überlebenskampfes der Sowjetunion entstanden zwei der wichtigsten Werke Bucharins. Den Anfang machte 1919 »Das ABC des Kommunismus« (1920), verfasst zusammen mit Preobraschenski. Dieses in der Folge äußerst populäre Werk sollte ein »Elementarkurs für jeden Arbeiter und Bauern« sein. Die Umstände seiner Entstehung merkt man ihm aber an: Geschrieben wurde es im Sommer 1919 während der Hauptkrise im Bürgerkrieg – im September wäre das Manuskript fast bei einem Bombenanschlag, bei dem auch Bucharin verletzt wurde, zerstört worden. Später schien auch Bucharin mit Teilen seines Werkes selbst nicht mehr völlig einverstanden gewesen zu sein, was aber möglicherweise auch damit zusammenhing, dass er sich mit seinem damaligen Mitautor Preobraschenski in der Folge in wichtigen Fragen der Wirtschaftsentwicklung und der Agrarfrage entzweite. Lenin schien vor allem die Verkürzungen und Popularisierungen in diesem Buch immer kritisiert zu haben.

Im »ABC« begann Bucharin sich Gedanken darüber zu machen, wie die Massen von Kleinproduzenten in der Industrie und Gewerbe – die Landwirtschaft ließ er noch außen vor – in die staatssozialistische Wirtschaft einbezogen werden sollen und fand die Antwort in den Genossenschaften. Darin kann wieder eine der grundlegenden Ideen Bucharins erkannt werden: Soweit möglich, sollten die Menschen zum Sozialismus erzogen und überzeugt werden. In diesem Falle sollte es dadurch gelingen, dass dem Hausgewerbe durch Einbindung in

staatliche Versorgungspläne, die Bereitstellung von Krediten und durch zentralisierte Bestellungen der Weg in eine Gewerlegenossenschaft geboten wird. Darüber hinaus entwickelte er den Plan, die Gewerkschaften verstärkt in die Verwaltung des Staates einzubinden. Dies sollte unter dem Motto einer »Verstaatlichung der Gewerkschaften« bei gleichzeitiger »Ver-gewerkschaftlichung des Staates« ablaufen, was den Effekt mit sich bringen sollte, dass die Arbeiterschaft größeren Anteil an der Verwaltung der Industrie hätte und dadurch die Bürokratie verkleinert werden könnte.

Nach Beendigung des »ABC« begann Bucharin die Arbeit an »Der Ökonomie der Transformationsperiode«, welches 1920 erschien. War das »ABC« das Ergebnis der Bürgerkriegszeit – es soll ohne echtem Literaturstudium geschrieben worden sein – so konnte für dieses Werk bereits wieder deutsche und englische Fachliteratur herangezogen werden. Interessanterweise blieb es aber eigentlich unvollendet und wurde – wahrscheinlich weil es nicht so popularisierend geschrieben war – nicht derart bekannt wie das »ABC«.

In seinem neuen Werk stellte Bucharin fest, dass ein Staat, der das Stadium des Staatskapitalismus erreicht hat, auch bereits reif für den kommunistischen Aufbau sei. Findet in diesem Staat nun der Zusammenbruch des Kapitalismus statt – dabei werden die Produktivkräfte zwar nicht physisch, etwa durch Krieg, zerstört, aber deren Zusammenhang besteht nicht mehr – so müsse erst eine Zwischentappe auf den Weg zum proletarischen Staat folgen, eben eine Transformationsperiode. Diese ähnelte erst von der Struktur und Organisation her noch dem Staatskapitalismus: »Es ist vollkommen klar, dass die nächste Epoche die Epoche der Diktatur des Proletariats sein muss, die formal Ähnlichkeit mit der Epoche der Diktatur der Bourgeoisie haben wird, d. h. der umgestülpte Staatskapitalismus, seine dialektische Umkehrung in seinen eigenen Gegensatz sein wird«. Der Hauptunterschied zwischen dem Staatskapitalismus und dem Staatssozialismus läge aber in den Eigentumsverhältnissen. Während in der ersten Form die Ausbeutung durch die Oligarchen und die herrschenden Klassen zur Vollendung komme, ist im zweiten Beispiel Ausbeutung undenkbar, da alles Eigentum zum »kollektiv proletarischen Eigentum« wird.

Bis zu diesen Überlegungen befanden sich Bucharins Darlegungen noch innerhalb des bekannten Systems des Kriegskommunismus. Dann aber verließ er den ausgetretenen Weg und erweiterte das bekannte System, indem er das Verhält-

nis zur Landwirtschaft mit einbezog. Sofort legte er dar, dass dieser Bereich von einer besonderen Buntscheckigkeit sei, da er daran erinnerte, welche unterschiedlichen Formen es innerhalb der Bauernschaft gab. Angefangen von Großbetrieben über werktätige Landwirte bis zur Parzellenwirtschaft war alles vertreten, wodurch er zum Schluss kam, dass eine reine Verstaatlichung hier nicht zielführend sei, da sie nicht über Gewerkschaften und Betriebsausschüsse organisiert und – siehe oben – schlussendlich verstaatlichbar sei. Vielmehr sollte der Staat durch den Markt seine Ziele verfolgen – für einen Marxisten wohl eine etwas ungewöhnliche Ansicht.

Bucharin stellte die Landwirtschaft ähnlich einem Anhängsel oder auch Gegenpol an das staatssozialistische System dar. Darin fanden sich – wie in der Industrie – auch Großbetriebe, doch die Zahl der Kleinbetriebe dominierte. Der bedeutende Gedanke darin war, dass nun die Landwirtschaft mit der städtischen Industrie in einen Zirkulationsprozess, also einen Warenaustausch, kommen müsste. Da natürlich aber die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln außer Frage stand, müsste in Zeiten des Kriegskommunismus auch staatlicher Zwang eingesetzt werden, um diesen Austauschprozess in Gang zu bringen. Nach dieser Starthilfe sollte aber ein Gleichgewicht zwischen Stadt und Land entstehen, was der Markt mit seinem Warenaustausch zu bewerkstelligen hätte.

Mit diesen Überlegungen, welche in den folgenden Jahren von ihm erweitert wurden, schaffte es Bucharin eines der meistverbreiteten Vorurteile der damaligen Marxisten zu überwinden. Denn meist waren diese strikt bauernfeindlich eingestellt; sei es, weil sie aus dem städtischen Milieu komend keinen Zugang zur Landwirtschaft hatten oder aber weil sie aus der Zeit des Bürgerkriegs immer wieder die Gefahr des »Aushungerns« durch die sogenannten Kulaken, die russischen Großbauern, sahen. Dabei ist anzumerken, dass selbst Lenin nach dem Bürgerkrieg meinte, dass auch die gesamte Bauernschaft so gelitten hatte, dass es nur noch mittelgroße Bauern gäbe.

Nikolai Bucharin aber, der ja die Bevölkerung zum Kommunismus überzeugen und nicht mit Gewalt bekehren wollte, erkannte, dass in einem noch so stark von der Landwirtschaft geprägten Staat wie Russland, die noch kleine Schicht von proletarischen Arbeitern auf die Zusammenarbeit mit den zahlreichen (Klein-)Bauern angewiesen war. Sie also einen gemeinsamen Block bilden müssen, in dem aber die Proletarier die Führung zu übernehmen hätten.

ZEIT DER GRABENKÄMPFE

Nach dem Tod Lenins 1923 endeten für Bucharin die Jahre des ideologischen Schwankens. Seine Überzeugungen hatten sich klar und deutlich herausgebildet und er vertrat sie sogar wenn er dafür gezwungen war, frühere Freunde zu verlieren. Etwas überraschend für ihn – noch 1917 hieß es ja, dass er linker als Lenin sein – fand er nun am ideologischen rechten Rand der Kommunistischen Partei (КП) seinen Platz, weil er zum einflussreichen und klaren Befürworter der Neuen Ökonomischen Politik (НÖП) geworden war.

Geprägt war diese Zeit von immer wieder auftretenden Grabenkämpfen und Konflikten innerhalb des Zentralkomitees (ЗК) der КП. Viele selbsternannte »Erben« Lenins versuchten die Macht zu erlangen und schreckten dabei nicht davor zurück, den jeweils anderen als »Abweichler« zu diffamieren. Zu den Bruchlinien wurden vor allem Fragen der Wirtschaftsentwicklung, aber auch die realpolitischen Machtverteilungen. Dabei bildete sich ein »Linker Flügel« rund um Trotzki und Preobraschenski – zeitweise gemeinsam mit Sinowjew und Kamenew – und ein »Rechter Flügel« um Bucharin, Tomski und Rykow heraus. Als dritte Gruppierung fungierte die Parteibürokratie rund um ihren immer mächtiger werdenden Generalsekretär Stalin, dem es vor allem darum ging, mögliche machtpolitische Widersacher kalt zu stellen.

Ideologisch entbrannte der Konflikt daran, ob die НÖП weiterverfolgt werden sollte, oder eher als einmaliger Sündenfall zu bewerten sei. Die heftigste, aber auch fundierte Kritik kam ab 1924 von Preobraschenski. Dieser griff einen Gedanken von Karl Marx auf – »Die ursprüngliche Akkumulation« – und übersetzte ihn in die damalige Sowjetunion. Vereinfacht meinte Marx dabei, dass die industrielle Revolution im England des 18. Jahrhundert dadurch finanziert wurde, dass der Merkantilstaat auf Kosten der eigenen Bauernschaft intervenierte. Ähnlich sollte es in Russland ablaufen. Da hier aber die Wirtschaftsstruktur noch vergleichsweise rückständiger sei, müsse es umso wichtiger sein, die »vorsozialistischen Wirtschaftsformen« rücksichtslos – auch unter Ausnutzung staatlicher Gewalt – auszubeuten. Darunter konnte natürlich nur die Bauernschaft verstanden werden. Er selbst drückte es sogar noch deutlicher aus: »Kann die Last der Entwicklung der Staatsindustrie und der Aufbau ihrer gesamten technologischen Grundlagen allein von drei Millionen Arbeitern getragen werden, oder müssen nicht auch die zweiundzwanzig Millionen Bauernhaushalte ihren Teil dazu beitragen?«.

Diese Ansichten seines ehemaligen Freundes und Mitautors des »ABC« konnte Bucharin natürlich nicht ohne Widerspruch lassen. Noch einmal stellte er dieser Theorie sein (schemenhaftes) Modell vom Sozialismus der Agrargenossenschaften gegenüber und beschränkte sich in Folge bei seiner Kritik auf die moralisch-politische Ebene. So verglich er die Vorstellungen Preobraschenskis mit Kolonialpolitik, aus der niemals Sozialismus erwachsen könnte und erinnerte daran, dass die Wirtschaft gegen die humanistischen Ziele der Revolution in den Hintergrund treten müsste. Zwar meinte auch Bucharin, dass solch eine aggressive Politik durchaus Erfolge haben könnte, es wäre aber so, als ob man »...das Huhn schlachtet, dass die goldenen Eier legt...«.

Zu diesem Zeitpunkt konnte sich Bucharin noch klar durchsetzen. Die immer noch prekäre Nahrungsmittelfrage und immer wieder aufflammende Aufstände ließen nur seinen Weg zu, mit den Bauern gemeinsam zu arbeiten. Gleichzeitig brachte dieser Umstand aber auch schon die ersten Entscheidungen um die Macht im ЗК mit sich. Die Linken verloren an Einfluss und ab Jänner 1925 begann die schrittweise Enthebung Trotzki von seinen Ämtern und es bildete sich eine Zweierführung Stalin-Bucharin heraus.

In seinen Bestrebungen, die Nahrungsmittelproduktion zu steigern, zeigte Bucharin 1925 fast beispielhaft seine Stärken und Schwächen. In der Analyse der Probleme, der Theorie wenn man so will, war er von überzeugender Klarheit. Seiner Meinung nach bestand das Problem darin, dass die produktiven Bauernschichten dem politischen System noch misstrauten und so mit Investitionen zögerten. Sie schreckten davor zurück, die Produktion etwa durch die Anschaffung von neuen Geräten oder die Dienste von zusätzlichen Arbeitern zu erhöhen. Dieses Verhalten könnte sie ja verdächtig und zu Kulaken machen und die erwirtschafteten Gewinne könnten in Folge enteignet werden.

Dieses Hinauszögern von Investitionen hatte aber gleichzeitig zwei bedeutende Nachteile. Einerseits wurden weiter zu wenige Agrargüter produziert und andererseits blieb die Nachfrage für Produkte der Bau- und Leichtindustrie aus. Jedes landwirtschaftliche Gerät und Werkzeug, jeder verbaute Ziegelstein hätte den Umsatz der immer noch schwachen sowjetischen Industrie gesteigert. Darin aber, wie Bucharin diese Analyse in die Praxis umsetzen wollte, lagen die Schwierigkeiten. Er wählte nämlich den Weg, das Vertrauen der Bauern durch eine Rede im Bolschoi-Theater vor Partei-

funktionären zu stärken. In deren Verlauf fielen diese für ihn verhängnisvollen Worte: »Den Bauern, allen Bauern müssen wir sagen: Bereichert Euch, entwickelt Eure Höfe, fürchtet nicht, dass man Zwangsmaßnahmen gegen Euch ergreifen wird. So paradox es klingen mag, wir müssen die wohlhabenden Höfe entwickeln, um den armen und den mittleren Bauern zu helfen«.

Zwar war dieser Gedanke im Grunde nicht neu, denn er stellte eigentlich noch einmal Bucharins Vorstellung von Agrar genossenschaften dar, doch in dieser unmissverständlichen Deutlichkeit hatte noch niemand vor kommunistischen Parteifunktionären die NÖP zusammengefasst. Dieses »Bereichert Euch« wurde in den kommenden Jahren natürlich zur Hauptwaffe jeder Kritik an ihm. Vor allem Stalin, den ja nahezu ein Hass auf Bauern auszeichnete, nutzte diese Worte bei jeder Gelegenheit aus, um seinen letzten verbliebenen Konkurrenten um die Macht in Russland auszustechen. Auch den zahlreichen kleinen Parteifunktionären in ländlichen Gebieten, etwa den Dorfarmutskomitees, missfiel diese Formulierung. Sie hatten ohnehin schon wenige Sympathien für die NÖP übrig und sehnten sich nach den Tagen der Zwangsmaßnahmen gegen Bauern zurück.

Bei all dem Druck, der sich gegen Bucharin aufzubauen begann, zeigte sich bereits eine Taktik der folgenden Jahre: Kritik an seiner Person wurde oft mild geäußert, oder auch dadurch abgeschwächt, dass sie mit Lob verbunden war. Umso deutlicher fiel die Kritik aber an den Gefolgsleuten Bucharins aus. Seine Schüler wurden als »Rote Professoren« bezeichnet, welche den Schaden von Bucharins Aussagen noch vervielfachten, wie etwa auch Krupskaja meinte. Diese Vorgehensweise sollte dann unter Stalin perfektioniert werden, da der sprichwörtliche »weiche« Bucharin immer versuchte, seine Anhänger vor Verfolgung zu schützen.

DIE »ZIVILHINRICHTUNG«: SCHEITERN EINES »WEICHEN« INTELLEKTUELLEN

Nikolai Bucharins Erfolg und (politisches) Scheitern lagen zeitlich sehr nahe beisammen. Kurz nachdem er sich in der ideologischen Diskussion gegen die »Linken« durchgesetzt hatte, musste er miterleben, wie seine Ideen von seinem »Verbündeten« Stalin und dessen Parteiparat sabotiert wurden. Es mag ironisch erscheinen, dass die NÖP und mit ihr Bucharin im Jahr 1928 die größten Erfolge erzielte und doch gleichzeitig zu Grabe getragen wurde. Der Grund hierfür lag darin, dass die Parteiführung rund um Stalin ihren Einfluss nutzen

konnte, bei den ersten Anzeichen einer Schwäche nicht innerhalb der Struktur der NÖP gegenzusteuern, sondern eine neue Richtung in der Wirtschaftspolitik einzuschlagen. Der eigentlich erfolgreiche Bucharin verfügte damals aber nicht mehr über die nötige Unterstützung in den Gremien, um dies zu verhindern.

Zu Beginn des Jahres 1928 kam es zu einem Ungleichgewicht in der Wirtschaft. Nach guten Ernten hatten die Bauern genügend Bargeldrücklagen gebildet, welche sie aber nicht in Industriegüter investieren konnten, da diese fehlten. Gleichzeitig war der Getreidepreis staatlich auf ein niedriges Niveau festgelegt worden, sodass es sich für die Bauern nicht lohnte, ihre Produkte zu verkaufen. Sie verwendeten ihr Korn daher vermehrt zur Viehzucht, da für Milch- und Lederprodukte gute Preise erzielt werden konnten oder spekulierten auf steigende Preise und horteten es. Wenn es zu diesem Zeitpunkt zu Lieferengpässen in den Städten kam, dann geschah es deshalb, weil eine Marktanpassung nötig war und nicht etwa deshalb weil Korn fehlte.

Rykov, ein Anhänger Bucharins, schlug zwei Maßnahmen vor. Einerseits sollte der Getreidepreis angehoben werden, die Preise für Industriewaren etwa waren ja ebenfalls angestiegen. Das hätte den Bauern Anreize gebracht, ihre Speicher zu leeren. Andererseits meinte er, dass eine kleine Menge von ausländischem Getreide importiert werden sollte. Die Sowjetunion konnte sich das über Kredite leisten, die Städte wären versorgt worden und die Bauern hätten einsehen müssen, dass sie verkaufen müssen. Sie konnten Nahrungsmittel nicht ewig lagern, da diese sonst verderben. Das Problem war nun, dass die Sowjetführung kein Interesse an Marktmanipulationen zeigte, sondern mit den bewährten Mittel des Kriegskommunismus reagieren wollte: Zwangsmaßnahmen.

Stalin setzte im Politbüro eine Geheimdirektive durch, in der den örtlichen Parteileitern gedroht wurde, sollten diese nicht die Getreidebeschaffung erhöhen. Daraufhin begannen diese mit Gewalt Getreideüberschüsse zu requirieren, was natürlich Widerstand der Bauern hervorrief und zu Aufständen führte. Mehr oder weniger gewollt, brachen in weiten Gebieten der Sowjetunion bürgerkriegsähnliche Zustände aus, welche von offizieller Seite als Bestätigung der immer schon herbeigeredeten »Kulakengefahr« interpretiert werden konnten. Stalin konnte triumphieren. Die Politik der »Rechten« war durch seine Hilfe gescheitert und die Vertreter der »Linken« wurden ins Exil oder ins Ausland vertrieben, während er

deren eigentliche Ideen umsetzte. Die Ironie wollte es sogar, dass einer der linken Ideologen, Preobraschenski, auf seinem Weg ins sibirische Exil persönlich erleben musste, wie seine Theorien mit aller Härte in die Tat umgesetzt wurden.

Für Bucharin blieb nur noch der Weg in die innere Emigration übrig. Er selbst nannte das seine »Zivilhinrichtung«. Da er im Unterschied zu Trotzki nicht in das ausländische Exil musste, war er gezwungen – gleichsam aus erster Hand, da er seine Wohnung noch lange im Kreml hatte – den Alltag und den Schrecken des stalinistischen Systems mitzuerleben. Im März 1937 wurde er unter dem Vorwurf der Spionage, des Kontaktes zur österreichischen und schwedischen Polizei und der Beteiligung an einem Komplott gegen Stalin verhaftet. Noch aus dem Gefängnis schrieb er an Stalin: »Es existiert irgendeine große und kühne politische Idee einer generellen Säuberung a) im Zusammenhang mit einer Vorkriegszeit, b) im Zusammenhang mit dem Übergang zur Demokratie«. Im dritten Moskauer Schauprozess gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« wurde Nikolai Bucharin am 13. März 1938 zum Tode verurteilt und erschossen; hingerichtet gemeinsam mit dem früheren Geheimdienstchef Genrich Jagoda und anderen ehemaligen Spitzenfunktionären. NKWD-Chef Nikolai Jeschow persönlich beaufsichtigte die Exekution und ließ Bucharin zusehen, wie alle anderen Delinquenten vor ihm erschossen wurden.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Mit Wladislaw Hedelers umfangreicher Bucharin-Biographie gerät ein doch untypischer Vertreter des Marxismus wieder in den Blickwinkel. Ein »weicher« Intellektueller, der sich Gedanken über das Funktionieren von Märkten machte und sich zumindest in einer Übergangsphase einen Sozialismus mit (mitunter großen) kapitalistischen Inseln vorstellte. Vor allem aber war Bucharin auch ein Theoretiker, der sich nicht scheute, seinen Standpunkt angesichts neuer Entwicklungen und Erkenntnisse zu verändern. Sicherlich war er kein (Real-)Politiker, denn dazu fehlte ihm die persönliche Härte, aber auch das Verständnis von Tagespolitik – sonst hätte der berühmte Ausspruch »Bereichert Euch« so nicht stattgefunden. Tragische Züge nimmt seine Geschichte dadurch an, dass die Umstände ihn zwangen, mit einem so begnadeten Machtmenschen wie Stalin konkurrieren zu müssen. Für dessen Willen zur absoluten Macht konnte er, bei all seiner Intelligenz, kein Hindernis darstellen.

Hedeler sammelt eine monumentale Anzahl von Quellen und Referenzen und zeichnet so ein sehr feines und zugängliches Bild von Bucharins politischem Wirken. Es schließt dabei zugleich eine Lücke auf dem Weg zu einer Erneuerung der sozialistischen politischen Ökonomie. Was bleibt, ist eine denkbare Alternative zum Stalinismus; ein Kommunismus, der auf Überzeugungsarbeit statt Zwangsmaßnahmen setzt und den Humanismus hoch hält. Dieses Buch ist wichtiges Werk für Interessierte an der russischen Geschichte, des sowjetischen Experiments und ihres tragischen Scheiterns. Außerdem enthält es einen theorielevanten Wien-Bezug. 🍷

STEFAN BROCZA

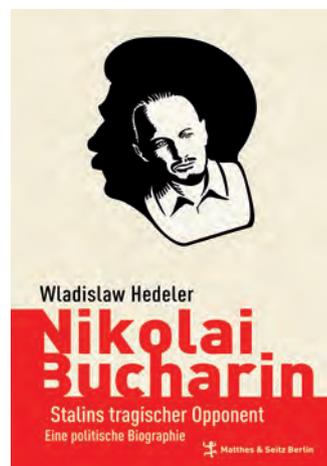
ist Experte für Europarecht und internationale Angelegenheiten und lehrt an der Universität Salzburg.

ANDREAS BROCZA

ist Politologe und Lehrbeauftragter.

LITERATUR

Bucharin, N. (1929): Imperialismus und Weltwirtschaft. Wien-Berlin. | **Bucharin, N.** (1990): Ökonomik der Transformationsgeschichte. Mit Randbemerkungen von Lenin. Berlin. | **Bucharin, N.** (1991): 1929, das Jahr des großen Umschwungs. Berlin. | **Bucharin, N./ Preobraschenskij, J.** (1920): Das ABC des Kommunismus. Wien. | **Larina Bucharina, A.** (1989): Nun bin ich schon weit über zwanzig. Erinnerungen. Göttingen. | **Löwy, A. G.** (1969): Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Wien. | **Trotzki, L.** (1929): Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. Berlin.



Wladislaw Hedeler

Nikolai Bucharin

Stalins tragischer Opponent

Matthes & Seitz

Berlin 2014

636 Seiten

Der andere Tag des Kindes

Die Kinderfreunde feiern traditionellerweise am Beginn jedes Schuljahres den Tag des Kindes. Karl Czasny erinnert aus diesem Anlass daran, dass es auch einen Welttag gegen Kinderarbeit gibt.

Der 2002 von der Internationalen Arbeitsorganisation ausgerufene Welttag gegen Kinderarbeit fand heuer am 12. Juni als ein internationaler Aktionstag statt. Aus diesem Anlass erfuhren auch Österreichs ZeitungsleserInnen, dass weltweit derzeit fast 170 Millionen Kinder arbeiten müssen. Zum Beispiel in den Steinbrüchen Indiens, das sich zu einem bedeutenden Lieferanten von rohen Natursteinen und Grabsteinen entwickelt hat. Dort brechen schon Elfjährige im Akkord Steine aus dem Fels – ohne festes Schuhwerk, Mund- oder Augenschutz, täglich zehn Stunden lang für 1,50 € pro Tag. Sie schufteten anstelle ihrer Väter, die sich hier auch schon als Kinder ihre Staublungen geholt haben und daher nun mit dreißig arbeitsunfähig sind. Also müssen jetzt die Mütter mit den Kindern in den Fels. Man ist bei den Besitzern der Steinbrüche verschuldet und es gilt, das Geld für die Zinszahlungen zu beschaffen. Die Hungerlöhne reichen aber nicht aus für die Abzahlung der Kredite, weshalb die Steinbruchkinder von heute ihre Schuldknechtschaft auch an die eigenen Kinder und Enkel weitervererben werden.

So wie die Eltern jedem Kind, das unter solchen Bedingungen geboren wird, ihre Schulden in die Wiege legen, erbt hierzulande jedes Neugeborene unsere Mitschuld an diesem fernen Elend. Ja, es gibt eine Erbsünde. So wahr, wie es die Vererbung von Schuldknechtschaft gibt, gibt es unsere Schuld der Duldung eines Ausbeutungssystems, das derartiges Unrecht erzeugt und verfestigt. Diese Sünde, die wir an unsere Kinder weitergeben, wäre aber nicht durch das Sakrament der Taufe zu tilgen, sondern nur durch den konsequenten Kampf gegen eine Öko-nomie, die Kinderarbeit und Schuldknechtschaft erzeugt. Und sollte es unseren Kindern oder Enkeln einst gelingen, sich von dieser Erbsünde zu befreien, werden sie uns vorwerfen, die Augen geschlossen zu haben vor den Steinbrüchen, in denen Kinder arbeiten. So wie wir unseren Eltern vorwarfen, weggesehen zu haben von den Steinbrüchen, in denen sich die Arbeitssklaven Mauthausens und seiner Nebenlager zu Tode schufteten.

Warum es uns nicht und nicht gelingen will, auf die neuen Steinbrüche hinzusehen? Weil wir uns vor der Auflehnung gegen die dahinter stehende Ökonomie fürchten. Weil wir im

Vergleich zu den Schuldknechten mit ihren Staublungen als Profiteure jenes Wirtschaftssystems zu gelten haben – selbst dann, wenn unsereins hierzulande zu den Verlierern seiner schrankenlosen Wettbewerbsdynamik zählt. Und weil es völlig aussichtslos, ja lächerlich wäre, gegen ein weltumspannendes Herrschaftsgelände anzukämpfen zu wollen.

Weil also Auflehnung nicht in Frage kommt, müssen wir die Bilder von den Kindern im Steinbruch möglichst schnell vergessen. Wie alles Verdrängte kommen diese Bilder aber wieder in uns hoch. Und wie das eben so ist bei den weggeschobenen und dann wieder auftauchenden Bildern, kommen sie in neuer, verzerrter Gestalt zurück. In einer Gestalt, die zwar immer noch bedrängend ist, aber doch leichter zu ertragen als die Bilder von den Kindern im Stein ohne Mundschutz, mit langsam aber unaufhaltsam fortschreitender Lungenfibrose. Was da in uns von unten heraufkommt, sind Bilder von bedrohlichen Fremden, die über unsere Grenzen drängen. Nein, unsere eigentliche Angst gilt nicht den paar tausend Flüchtlingen, die da jedes Jahr bei uns um Asyl suchen. Es sind jene Millionen und Abermillionen von Armen, die nicht vor politischer Verfolgung flüchten, sondern bloß dorthin wollen, wo es keine Steinbrüche mit Kindersklaven gibt.

Tief in uns drinnen, dort wo die Bilder von den Kindern im Steinbruch sitzen, wissen wir, dass jene Armen im Recht sind, ist es doch purer Zufall, dass sie und nicht wir ins Elend hineingeboren wurden. Wir können dieses Wissen aber nicht ertragen, so wenig wie die Bilder der Kindersklaven. Deshalb müssen wir die Armen an unseren Grenzen im Meer ersaufen oder in Containern ersticken lassen und die, die es zu uns geschafft haben, als Schmarotzer oder Kriminelle diffamieren und so schnell wie möglich wieder zurück ins Elend deportieren. 

KARL CZASNY

ist Soziologe publiziert auf www.erkennnistheorie.at
schwerpunktmäßig zu Fra-gen der Erkenntnistheorie.



2. Preis Enzelfotos, Reportagen

Massimo Sestini, Italien

Ein völlig überfülltes Boot mit Flüchtlingen ca. 25 km vor der libyschen Küste, bevor sie im Rahmen der Marineoperation Mare Nostrum (OMN) von einer italienischen Fregatte gerettet wurden. Diese Rettungsoperation wurde von der italienischen Regierung eingeleitet, nachdem Ende 2013 Hunderte Migranten vor der Insel Lampedusa ertrunken waren. 2014 wagten erheblich mehr Menschen ihr Leben bei der Überquerung des Mittelmeers. Verschiedene NGOs versuchten in der gemeinsamen OMN-Operation, nicht nur Leben zu retten,

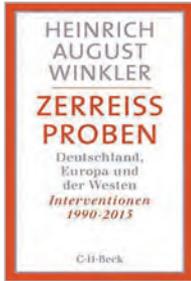
sondern auch medizinische Hilfe, Beratung und Unterstützung zu bieten. Die Marineoffiziere wurden außerdem zur Festnahme von Menschenhändlern und Beschlagnahme ihrer Schiffe ermächtigt. In einem Jahr konnten im Rahmen von OMN 330 Schleuser festgenommen und über 150.000 Menschen gerettet werden, davon mindestens ein Viertel Syrien-Flüchtlinge. Im Oktober wurde die Operation beendet und ersetzt durch die von der EU-Grenzagentur Frontex durchgeführte Triton-Operation, die stärker auf Überwachung der EU-Außengrenzen als auf Rettung ausgerichtet ist.

WORLD PRESS PHOTO 15

GALERIE WESTLICHT



Antipolitik, die Welt & ihre Herrscher



Heinrich August Winkler
ZERREISSPROBEN

Dieser Band bündelt Winklers wichtigsten politischen Interventionen zu deutschen, europäischen und weltpolitischen Fragen. Man bekommt nicht nur eine Einführung in die Konflikte und Auseinandersetzungen der letzten Jahre, sondern auch einen Leitfaden für politisches Denken. Seine Zerreißproben streiten leidenschaftlich für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte.

C. H. BECK, 230 Seiten, 15,40 Euro



Volker Perthes
DAS ENDE DES NAHEN OSTENS

Jenseits der Tagespolitik zeichnet sich ab, dass die 1916 mit dem Sykes-Picot-Abkommen etablierte Ordnung im Nahen Osten an ihr Ende gelangt sein könnte. Volker Perthes unternimmt den Versuch, aktuelle Verschiebungen in längere historische Entwicklungen einzuordnen, die wesentlichen regionalen Mächte zu identifizieren und Szenarien für eine Post-Sykes-Picot-Ära zu skizzieren.

EDITION SUHRKAMP, 144 Seiten, 14,40 Euro



Jacques de Saint Victor
DIE ANTIPOLITISCHEN

Können traditionelle Eliten durch eine neue digitale Polis ersetzt werden, die ohne die delegitimierten Institutionen einer Repräsentativdemokratie auskommt? Saint Victor stellt die Forderung nach einer direkten Demokratie mittels der Errungenschaften des Web 2.0 auf den Prüfstand und zeigt, dass es sich bei der fortschrittlich auftretenden Antipolitik um eine Entpolitisierung handelt.

HAMBURGER EDITION, 130 Seiten, 12,30 Euro



Ralf Konersmann
DIE UNRUHE DER WELT

Der Kulturphilosoph Ralf Konersmann rekonstruiert, wie die westliche Kultur ihr Meinungssystem revolutionierte und von der Präferenz der Ruhe zur Präferenz der Unruhe überging. Er nimmt uns mit auf eine Reise durch die Geschichte einer Vorstellung, die uns heute permanent am Laufen hält und die uns so selbstverständlich erscheint, dass sie kaum mehr in Frage gestellt wird.

S. FISCHER, 464 Seiten, 25,70 Euro



Zygmunt Bauman
EUROPA

Europa ist sich seiner selbst und seiner Stellung in der sich schnell ändernden Welt unsicher, es ist ohne Visionen, eingeschränkt in seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten und ohne den Willen, sich seiner Berufung zu stellen. Mehr als je zuvor brauche man jene Qualitäten, so der Autor, die allein Europa erworben habe: seine Selbstkritik, seinen Drang zur Selbst-Transzendierung, sein Engagement.

EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT, 216 Seiten, 22,70 Euro

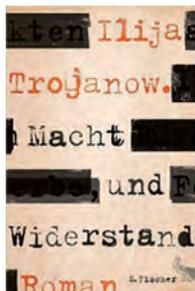


Bernhard Kegel
DIE HERRSCHER DER WELT

Ob auf unserer Zunge oder in unserem Darm, ob unter dem Meeresboden oder in der Troposphäre: Bakterien, Viren und andere Mikroben sind die eigentlichen Herrscher der Welt. Ohne Mikroben gäbe es kein Leben auf unserem Planeten. Erst in den letzten Jahren erkennen die Wissenschaftler, wie eng und vielfältig die Verbindungen von Tieren und Pflanzen mit den mikrobiellen Winzlingen wirklich sind.

DUMONT, 382 Seiten, 23,70 Euro

Aufstieg, Untergang & Vergessen



Ilija Trojanow
MACHT UND WIDERSTAND

Konstantin ist Widerstandskämpfer, einer, der schon in der Schulzeit der bulgarischen Staatssicherheit auffällt. Metodi ist Offizier, Opportunist und Karrierist, ein Repräsentant des Apparats. Sie sind in einen Kampf um Leben und Gedächtnis verstrickt, der über ein halbes Jahrhundert andauert. Ilija Trojanow entfaltet ein zeitgeschichtliches Panorama Bulgariens von exemplarischer Gültigkeit.

S. FISCHER, 480 Seiten, 25,70 Euro



Ralf Rothmann
IM FRÜHLING STERBEN

Wir lesen die Geschichte von Walter Urban und Friedrich – »Fiete« – Caroli, zwei siebzehnjährigen Melkern aus Norddeutschland, die im Februar 1945 zwangsrekrutiert werden. Während man den einen als Fahrer in der Versorgungseinheit der Waffen-SS einsetzt, muss der andere, Fiete, an die Front. Er desertiert, wird gefasst und zum Tod verurteilt.

SUHRKAMP, 234 Seiten, 20,60 Euro



Jean Prévost
DAS SALZ IN DER WUNDE

Ein Klassiker der französischen Moderne über die Entwicklung eines Getriebenen zum glücksverwöhnten Selfmademan: Sein geliebtes Paris hat Dieudonné Crouzon verlassen müssen gleich einem geprügelten Hund, der Empfang im Provinznest Châteauroux ist für den jungen Großstädter frostig. Doch die Demütigung brennt wie Salz in der Wunde – Crouzon arbeitet sich hoch.

MANESSE, 288 Seiten, 25,70 Euro



Graham Greene
REISE OHNE LANDKARTEN

Es ist das Porträt eines Landes jenseits aller Zivilisation und die Geschichte eines Mannes auf der Suche nach sich selbst. 1935 reiste Graham Greene von Liverpool aus nach Westafrika, um auf dem Fußweg Liberia zu durchqueren. Aber schon als es gilt, die genaue Route festzulegen, gibt es Probleme. Greene kann nur zwei Landkarten auftreiben, auf denen Liberia überhaupt verzeichnet ist.

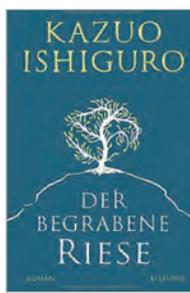
LIEBESKIND, 378 Seiten, Euro



Alain Claude Sulzer
POSTSKRIPTUM

Lionel Kupfer, allseits umschwärmter Filmstar der frühen Dreißigerjahre, sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, dass er als Jude in Deutschland unerwünscht ist. Der Vertrag für seinen nächsten Film wird aufgelöst. Die schlechte Nachricht überbringt ihm ausgerechnet Eduard, sein Liebhaber, dessen gefährliche Nähe zu den neuen Machthabern immer offenkundiger wird.

GALIANI BERLIN, 260 Seiten, 20,60 Euro



Kazuo Ishiguro
DER BEGRABENE RIESE

Britannien im 5. Jahrhundert: Nach erbitterten Kriegen zwischen den Völkern der Briten und Angelsachsen ist das Land verwüstet. Axl und Beatrice sind seit vielen Jahren ein Paar. In ihrem Dorf gelten sie als Außenseiter. Also verlassen sie ihre Heimat in der Hoffnung, ihren Sohn zu finden. Aber bald ahnen sie, dass in ihrem Land eine Veränderung heraufzieht, die alles in Frage stellen wird.

BLESSING, 416 Seiten, 23,70 Euro

Krise in China?

Der Kurssturz der Börsen in China in diesem Sommer hat die Befürchtung ausgelöst, dass mit einem möglichen Wachstumseinbruch Chinas auch der Euroraum stark in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Schließlich hat ja Deutschland, das zu einem großen Teil den Leistungsbilanzüberschuss des Euroraums trägt, einen Teil seiner Exporte, die es nicht mehr im europäischen Süden absetzen kann, erfolgreich in Richtung Asien gelenkt. Die deflationäre wirtschaftspolitische Strategie der Währungsunion basiert schließlich darauf, dass der Rest der Welt als Konjunkturlokomotive funktioniert.

China hat in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftspolitisch Rahmenbedingungen geschaffen, die die Transformation eines bitterarmen Entwicklungslandes zu einem Land begünstigt haben, das heute an der Spitze der Länder mittleren Einkommens steht. Mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 10% jährlich konnten in den letzten drei Jahrzehnten immerhin mehr als 600 Millionen Menschen aus der bitteren Armut befreit werden. Korruption, hohe Ungleichheit, politische Unterdrückung und Einschränkung der Meinungsfreiheit sind aber ebenso Begleiterscheinungen dieser Entwicklung. Es gibt aber kein Land, dem mit reinen Marktrezepten à la »Washington Consensus« jemals ein derart beeindruckender Aufschwung gelungen ist.

Die Art und Weise, wie das Geld, Finanz- und Währungssystem ausgestaltet wurde, hat mit dazu beigetragen. Niedrige Zinsen, die reglementiert waren, haben Investitionen und eine unterbewertete Währung haben Exporte begünstigt. Letzteres war nur möglich, da strenge Kapitalkontrollen es erlaubt haben, den Renminbi an den US-Dollar zu binden, wodurch der Wechselkurs künstlich niedrig gehalten werden konnte. Ab 2005 hat China eine Aufwertung zugelassen, indem der Kapitalverkehr etwas gelockert wurde. Seither hat der Renminbi insgesamt um etwa 30% gegenüber dem US-Dollar aufgewertet. Dies war Teil einer Strategie, die Wirtschaft von einem

exportintensiven Wachstum zu einem von Inlandsnachfrage getriebenen Wachstum umzustellen. Mit Ausbruch der Finanzkrise hat China schließlich mit den weltweit größten Konjunkturprogrammen in der Geld- und Fiskalpolitik (Infrastruktur, Zinssatzsenkungen, Kreditausweitung) mit dazu beigetragen, dass im globalen Maßstab der großen Rezession des Jahres 2009 überraschend schnell ein Aufschwung folgte, der allerdings – zumindest im Euroraum – nur von kurzer Dauer war. Die Programme wurden in China nach der Krise in kleinerer Dosis fortgeführt. In der Folge ist die Verschuldung des öffentlichen und auch privaten Sektors stark angestiegen. Eine wichtige Finanzierungsquelle wurden unregulierte Schattenbanken, die die Kreditblase weiter anfeuerten.

Mit dem Kurssturz der Börse, der eine zum Teil kreditgetriebene Aktienspekulation vorangegangen war, ist die Kreditblase geplatzt, Kapitalflucht setzte ein, eine starke Abwertung konnte nur durch Intervention der chinesischen Notenbank verhindert werden. Weltweite Turbulenzen an den Aktien- und Währungsmärkten waren die Folge. Die Wirkungen der Ereignisse in China auf den Euroraum sind schwer abschätzbar. Schätzungen, die ausschließlich die direkten und indirekten Handelsverflechtungen mit China (bzw. Asien) berücksichtigen, sehen eher geringe Effekte, da der Anteil der Güterexporte, die aus dem Euroraum nach China gehen, an den gesamten Güterexporten mit 7% eher gering ist. Aber eine Reihe von weiteren Übertragungskämen (Finanzmärkte, Unsicherheit, etc.) sind möglich und der ohnehin als zaghaft prognostizierte Aufschwung in der Eurozone könnte somit vor diesem Hintergrund fraglich erscheinen. Umso mehr braucht die Eurozone fiskalische Impulse, die die expansive Geldpolitik unterstützen. 

ELISBAETH BLAHA
ist Ökonomin in Wien.

U3: Eigeninserat

